

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

180 (6.8.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10-gigigeilichte Mittelbadische Zeitung...
Anzeigenpreise Die 10-gigigeilichte Mittelbadische Zeitung...
Anzeigenpreise Die 10-gigigeilichte Mittelbadische Zeitung...

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikwelt, / Sport und Spiel / Die Welt der...

Abonnementpreise monatlich 2,00 Mark...
Abonnementpreise monatlich 2,00 Mark...
Abonnementpreise monatlich 2,00 Mark...

Nummer 180

Karlsruhe, Donnerstag, den 6. August 1931

51. Jahrgang

Beruhigung eingetreten

Berlin, 5. August. (Eig. Draht). Am Mittwoch hat man in den Berliner Bankkreisen kaum etwas gemerkt, daß etwas Besonderes los war. Hier und da gab es immer noch Klagen, die es eilig mit Abhebungen hatten. Im großen und ganzen kann aber, soweit der Berliner Bezirk in Frage kommt, festgestellt werden, daß die Kunstimmuna überwandene ist. So teilen uns große Institute, wie die Deutsche Bank und die Arbeiterbank mit, daß die Einzahlungen die Auszahlungen bei weitem übertrafen. Andere Institute betonen, daß die Auszahlungen nicht besonders hoch sind und daß sie deshalb über reichliche Reserven verfügen. In einzelnen Depotsellen der Berliner Banken war es am Mittwoch direkt ruhig. Von einem Andrang des Sparpublikums merkte man nichts. Es hat sich gezeigt, daß jetzt, wo das Publikum Geld haben kann, es auf Abhebungen verzichtet. Wesentlich war die Entladung bei den Sparkassen. Die Berliner Konsumgenossenschaft teilt mit, daß es bei ihrer Sparkasse äußerst still berging. Es sei eine Beruhigung eingetreten.

Damit sind aber die Auswirkungen der Kunstimmuna noch nicht überwunden. Man hätte damit weiter sein können, wenn die kommunistische Partei nicht für den Volksentscheid stimmen würde. Ansehens der bevorstehenden politischen Entscheidung hält die ganze Finanzwelt mit ihren Dispositionen zurück. Der Volksentscheid hindert so die Liquidierung der letzten Katastrophenschwächen. Nun hat sich ein Teil der Berliner Finanzwelt hart für diesen Volksentscheid eingesetzt. Wieder hat man mit eigenem Geld die Prügel zu beaalen, die man jetzt erhält.

Nach den vorliegenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches zeigt der erste Tag der Wiederaufnahme des normalen Zahlungsverkehrs bei den Banken, daß das Publikum eine besonnene und ruhige Haltung angenommen hat. Es sind nirgends größere Abhebungen vorgenommen worden. Durchweg haben sogar die Einzahlungen die Auszahlungen überschritten. Die von vielen Banken vorgenommenen Vorverordnungen mit größeren Geldmitteln erwiesen sich zum größten Teil als überflüssig. Ein stärkerer Rückgang auf die Reichsbank oder größere Diskontierungen brauchten irgends vorgenommen zu werden.

Notverordnung für Sparkassen

Der Reichspräsident hat am Mittwoch über die Spar- und Girokassen, sowie die kommunalen Giroverbände und die kommunalen Kreditinstitute folgende Notverordnung erlassen:

§ 1.

1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, bei den öffentlichen oder dem öffentlichen Verkehr dienenden Spar- und Girokassen, sowie bei den kommunalen Giroverbänden und kommunalen Kreditinstituten die zu einer zweckmäßigen Gestaltung der Organisation erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere bestehende Satzungen zu ändern, oder neue Satzungen einzuführen. Sie kann zu diesem Zweck insbesondere Einrichtungen und Anstalten aufheben, zusammenlegen und neue begründen.

2. Die Reichsregierung kann die im Absatz 1 bezeichneten Verhältnisse auf die obersten Landesbehörden übertragen.

§ 2.

Die in § 1 genannten Spar- und Girokassen, Giroverbände und Kreditinstitute sind bis auf weiteres zur Abgabe von wechselseitigen Erklärungen nach näherer Bestimmung der obersten Landesbehörden berechtigt. Die Rechtswirksamkeit der Verpflichtungen ist von solchen Bestimmungen unabhängig.

§ 3.

Den im § 1 genannten Spar- und Girokassen, Giroverbänden und Kreditinstituten ist bis auf weiteres untersagt, Anleihen, Darlehen und Kassenkredite an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten unmittelbar oder mittelbar zu gewähren.

§ 4.

Die Vorschriften des § 2 tritt mit Wirkung vom 1. August 1931 in Kraft. Die Verordnung tritt im übrigen mit der Verkündung in Kraft.

Fünf kommunistische Zeitungen verboten

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Komern (Saalekreis), Jörbia, Nietleben (Saalekreis) und in Lößeburg erscheinenden kommunistischen Zeitungen sowie die Wochenzeitung „Der rote Lorgauer“ wegen Aufforderung zur Unruhe und zum Ungehorsam gegen die Notverordnungen auf die Dauer von drei Monaten verboten.

Ludendorffs „Volkswacht“ verboten

München, 5. Aug. Durch Beschluß der Polizeidirektion wurde die Wochenzeitung Ludendorffs, „Volkswacht“, bis 28. August 1931 einjährig verboten. Die Folge 32 (August 1931) wurde polizeilich beschlagnahmt und eingeschogen.

Die SPD zum Volksentscheid

Der Vorstand der S.P.D. beschloß am Mittwoch, allen preußischen Wählern und Wählerinnen dringend zu empfehlen, dem Volksentscheid auf Vorschlag des Landtags fernzusprechen. Wer sich durch Ja oder ähnliche Umstände gezwungen sieht, zur Wahlurne zu gehen, solle durch Streichung der Worte „Ja“ und „Nein“ den Stimmzettel ungültig machen, oder aber mit „Nein“ stimmen.

Der „Stahlhelm“ rüftet

Zur Feststellung des wahren Charakters des „Stahlhelm“ vermag ein Rundschreiben seiner Ortsgruppe Stuttgart beizutragen, das jedoch von dem Stuttgarter kommunistischen Organ veröffentlicht wird. Es lautet:

Der Stahlhelm
Bund der Frontkämpfer
Ortsgruppe Stuttgart.
Stuttgart, den 19. Juli 1931
Postfach 757.

An alle Kameraden!

Der anhängende Fragebogen ist von allen Kameraden, auch den passiven, deutlich und sorgfältig auszufüllen und schnellstens spätestens bis 27. Juli wieder an unser Postfach 757 einzusenden. Kameraden, die bis zu diesem Zeitpunkt den Bogen nicht eingeklärt haben, bringen zum Ausdruck, daß sie auf weitere Zugehörigkeit zu unserem Bund keinen Wert legen!

„Front Heil“

ges.: J. M. Amling, D.G.F.

Sie abtrennen!

Geburtsort... Staatsangehörigkeit... Militärisch ausgebildet?...
Geburtsort... Staatsangehörigkeit... Militärisch ausgebildet?...
Geburtsort... Staatsangehörigkeit... Militärisch ausgebildet...?

(Bei Handwerker- und Facharbeiterangaben über Selbständigkeit oder Dienstverhältnis: Meister, Geselle, Lehrling usw., bei Beamten Angabe ob Gemeinde-, Staats- oder Reichsdienst) Angabe ob vertraut mit Behandlung und Pflege von Pferden...
(Bei Handwerker- und Facharbeiterangaben über Selbständigkeit oder Dienstverhältnis: Meister, Geselle, Lehrling usw., bei Beamten Angabe ob Gemeinde-, Staats- oder Reichsdienst) Angabe ob vertraut mit Behandlung und Pflege von Pferden...
Kraftfahrzeuge: Führerschein, Klasse... vertraut mit Reparaturen an Kraftfahrzeugen?... Eigenes Kraftfahrzeug?...
Art... Fabrikmarke... Polizeinummer... Motorstärke in...

PS... Platzzahl einchl. Fahrer...
Im Sanitätsdienst ausgebildet?... Durch wen?...
Mitglied der Technischen Nothilfe?...
Jungstahlhelm: Wehrsport; älterer aktiver Kamerad: passiver Kamerad (über 38 Jahre)...

(Nicht zutreffendes durchstreichen!)
Fernsprecher...; wenn kein eigener Anschluß, Angabe, durch wen fernmündlich zu erreichen: Nr...
Name...
Des Kameraden Vor- und Zuname...
Wohnort: Ort...

Deutlich mit Tintenfüll (nicht Tinte) schreiben!
Als Brief geschlossen einleihen!

Da dieses Rundschreiben mit der Androhung des Ausschlusses aus dem Bund im Falle der Nichtbeantwortung des Fragebogens sicher nicht aus statistischer Liebhaberei, sondern zu einem eminent praktischen Zweck verwandt worden ist, und zwar so kurz vor dem Tage des Volksentscheides, so liegt es im öffentlichen Interesse, daß so rasch als möglich die Frage beantwortet wird:

Wozu rüftet der Stahlhelm?

Vielleicht interessiert die Antwort darauf auch den Ehrenvorstand des Stahlhelms, Reichspräsident Hindenburg, der sicher Anspruch darauf hat, über den wahren Charakter eines Bundes, zu dem er gehört, unterrichtet zu sein. Was aber sagt schließlich die Reichsregierung dazu, daß eine sich national und „legal“ gebärdende Organisation so offenkundig gegen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen verstößt, indem sie ihre Organisation nach „militärtechnischen“ Gesichtspunkten aufzubauen und zu gliedern sucht.

Hugenbergianer gegen Hitlerianer

Eine interessante Schilderung

Hugenberg hat vor wenigen Tagen die Gründung einer eigenen „Hausmacht“ angekündigt und dabei verkündet lassen, daß er wahrscheinlich schon demnächst eine ganze Reihe Unterführer vor die Türe leben werde. Diese Ankündigung ist u. a. darauf zurückzuführen, daß ein Teil der deutschnationalen Unterführer von Hugenbergs Nazismus sehr wenig entsetzt ist. In Pommeren bagelt es beispielsweise nur so Rundschreiben gegen diesen Nazismus. Vor einigen Wochen konnten wir ein Rundschreiben an die Vertrauensleute der deutschnationalen Partei in Gimmern veröffentlichen. Heute liegt uns ein solches Rundschreiben, ebenfalls jüngeren Datums, an die Funktionäre des deutschnationalen Vereins im Schwabe vor. Ihm entnehmen wir über die Entwicklung der Nazibewegung folgendes:

„Die Situation, in der sich der Nationalsozialismus heute befindet, ist eine analoge, wie diejenige der deutschnationalen vor Zeit der Damesabstimmung, also durchaus krisenhaft. Die Tatsache, daß es den Nationalsozialisten in Oldenburg gelungen ist, weiteren Stimmenzuwachs zu verzeichnen, ist symptomatisch nicht mehr auszuwerten. Das laminarische Anwachsen der Nationalsozialisten hat aufgehört. Der Fortschritt ist relativ unbedeutend. Die Bewegung als solche, die durch den Kadavergehoriam, welchen Hitler verlangt, bereits überzühlet ist, ist über den Kulminationsspunkt bereits hinaus. Das von den Nazis und auch von Herrn Hitler neuerdings wieder im Moabitier Prosech so gern im Munde geführte Moment des Heranzitrens neuer Massen ist bereits verfallen, weil sich darunter, nachdem das Privatleben des Pa. Herrn Hitler nicht mehr interessiert, sehr viel politisches Treibholz befindet, und die Massen wohl Mittläufer, aber keine Treibhölzer sind, ohne welche nun einmal die auf Stöße aufbaute und berechnete Nationalsozialistische Partei nicht vorwärts kommen kann. Gerade aber die aktiven Elemente, insbesondere die SA- und SS-Leute beginnen allmählich doch sehr nachdenklich zu werden, wenn sie immer und immer wieder hören müssen, wie Adolf Schritt für Schritt zurückgeht. Die Spaltung in der Rechten war nicht mehr aufzuhalten, wennleich die stufenmäßigen Auswirkungen der Stennes-Aktion

nicht übermäßig ins Gewicht fallen. Die Vorgänge Oberleutnant Wenbs, Rubin, Hauptmann Stennes beginnen sich aber geradezu katastrophal dahingehend auszuwirken, daß die Unfehlbarkeit Hitlers einen ganz erheblichen Stoß erlitten hat, und heute bereits weite Kreise der Nationalsozialisten mit einem kritischen Maßstab an die Münchener Führung herantreten, welcher der Nationalsozialistischen Partei, als einer auf zwei Augen aufbauenden und äußerlichen Disziplin, besser Kadavergehoriam, voraussetzenden Partei keinesfalls förderlich sein kann.

Die Spaltzüge wirken bereits, was sich auch in einer ununterbrochen zunehmenden Nervosität Hitlers bemerkbar macht. Der 120pferdige Mercedes des kleinen Dr. Goebbels, sowie der braune Hausbetrieb in München und der neue Mercedes-Benz des großen Adolf — übrigens der teuerste Wagen der Automobilausstellung —, erinneren eben zu sehr an Zeiten, in denen man solche Leute als Parvenues bezeichnete. Die Rückwirkungen solcher Vorarbeiten sind eben unvermeidlich und weder durch fulminante Aufrufe noch durch rückwärtslose Ausmerzung der kritischen, übrigens gerade wertvollsten Elemente aufzuhalten. Die Nationalsozialisten unter Hitler haben ihren Zweck verfehlt, seitdem sie aufgehört haben, eine revolutionäre Partei zu sein. Der ehrliche und aus rein idealistischen Gründen kämpfende Teil ist zweifellos die Richtung Stennes.

Wir haben genug Beweise, daß die Nazis den sogenannten Burgfrieden mit uns absolut nicht gehalten haben. (Beweise stehen gerne zur Verfügung). Stets wird gegen uns gehetzt, wenn meistens gerne zur Verfügung. Stets wird gegen uns gehetzt, wenn meistens gerne zur Verfügung. Stets wird gegen uns gehetzt, wenn meistens gerne zur Verfügung.

Die deutschnationale Schilderung der Zustände in der NSDAP stimmen in vieler Hinsicht genau mit dem überein, was man in letzter Zeit aus dem Nazilager gehört hat. Es ist schlecht um die Zukunft der Nationalsozialisten bestellt. Die Agitationsmethoden der Partei...

Wirkungen der Gemeindefinanzen

Köln, 5. Aug. (Eig. Draht). Der Kölner Oberbürgermeister hat mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß alle Bauten und baulichen Arbeiten der Stadt Köln, soweit sie nicht zu den laufenden Unterhaltsarbeiten gehören, sofort einzustellen sind. Von der Anordnung werden insbesondere betroffen alle Hochbauarbeiten, einzelne Schulen, die Universität, Sitzbahnbauten, Kanalbauten und ästhetische Anlagen.

Verhaftung

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit:
„Auf Grund der Ermittlungen der politischen Polizei des Polizeipräsidenten wurde am Montag der kommunistische 29 Jahre alte Schriftsteller Johannes M o e n t verhaftet, da er im Verdachte steht, am 1. August bei den Unruhen in der Frankfurter Allee den Polizeiwachmeister Fiebig schwer verletzt zu haben. Der Verhaftete

wurde sofort dem Vernehmungsrichter angeführt, da durch keine erste Vernehmung sich der Verdacht der Täterschaft noch verdichtete. Die Ermittlungen der Polizei haben außerdem ergeben, daß der Verhaftete noch im Mai und Juni in Russland weilte.

In seiner Wohnung in der Frankfurter Allee 133 wurde sehr viel belastendes Material gefunden, u. a. auch eine Restanweisung für Unruhefächer und Pläne, wie dem Eingreifen der Polizei bei solchen Anlässen von Seiten der Demonstranten wirksam begegnet werden kann.“

Aus der Wirtschaftspartei

Die Abgeordneten des preussischen Landtages Dr. R h o d e (Wahlkreis Hesse-Nassau) und von D e t t e n (Wahlkreis Koblenz-Trier) haben nach dem Abfall der Wahlkreise Hesse-Nassau und Koblenz-Trier der Wirtschaftspartei von der Reichspartei des deutschen Mittelstandes dem Präsidenten des preussischen Landtages in einem Schreiben ihren Austritt aus der Wirtschaftspartei und aus der Landtagsfraktion mitgeteilt.

Die Arbeiterfront!

Dingeldey, Hitler, Krupp oder das Proletariat?

Bis zum Zusammenbruch der Danabank war man in Deutschland des Glaubens, daß Frankreich durch die Forderung auf Einstellung der Panzerkreuzerbauten und Aufgabe der Zollunion mit Österreich die Gewährung einer großen internationalen Anleihe, an Deutschland verhindern würde. Aus den bei uns verbreiteten Mitteilungen mußte man den Eindruck gewinnen, als ob Amerika und England die Anleihe bewilligen würden und Frankreich sich durch seine Unzulänglichkeit in der Welt isoliert habe. Es wirkte wie eine Ueberraschung als der Reichsbankpräsident Dr. Luther seine Anleihereisen ohne Ergebnis beendigen mußte. Heute wissen wir, daß schon damals die Lage in Deutschland im Ausland besser bekannt war, als bei uns. Man wußte dort, daß die Danabank eigentlich schon zusammengebrochen sei und sah voraus, daß von diesem Ereignis die ganze deutsche Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden würde. Nach der ergebnislos gebliebenen Reise Luthers brach die Danabank zusammen und es folgte die Verwirrung auf dem Geld- und Kapitalmarkt.

Die augenblickliche Lage stellt sich so dar: nicht mehr Frankreich, sondern Deutschland ist isoliert. Deutschland befindet sich in der Rolle des Schuldners, der mit seinen Zahlungen in Verzug geraten ist und nunmehr an seine Gläubiger herantreten muß, daß sie ihm durch neue Kreditgewährungen die Weiterführung des Betriebes ermöglichen. Aber gibt es einen Gläubiger in der ganzen Welt, der nicht von seinem Schuldner in solchem Maße Sicherheiten dafür verlangen würde, daß sein neues Geld nicht wieder gefährdet werde? Auch die Gläubiger Deutschlands fordern Sicherheiten, bevor sie eine neue große langfristige Anleihe gewähren. Als beste Sicherheit wird die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich angesehen. An dieser Tatsache ändern auch nichts die Freundschaftsbeteuerungen Amerikas und Englands an Deutschland.

Das deutsche Bürgertum steht dieser Entwicklung ratlos gegenüber. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat Schiffbruch erlitten. Am deutlichsten erleben wir das jetzt in Deutschland. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist antikapitalistisch eingestellt. Die Sozialdemokratie zeigt in ihrem Programm und durch ihre tägliche Arbeit, wie das kapitalistische Wirtschaftssystem zu überwinden, welche neue gesellschaftliche Ordnung an seine Stelle zu setzen ist. Die Demagogie der Nationalsozialisten hat mit wirklichen Sozialismus nichts zu tun. Aber den Scheinsozialistischen Redensarten sind bisher noch diejenigen Schichten des Bürgertums zum Opfer gefallen, die nach dem Kriege proletarisiert wurden oder jetzt von der Proletarisierung bedroht sind. In der kapitalistisch orientierten Minderheit des Bürgertums gibt es nur ganz kleine Kreise, die die Lage Deutschlands klar überblicken. Alle anderen stimmen mit der nationalsozialistischen Auffassung überein, daß man gegen Frankreich die geballte Faust zeigen, im übrigen aber Deutschland in einen Zustand der sich selbstgenügenden Wirtschaft zurückfallen lassen müsse.

Es ist nicht zu erwarten, daß die wirtschaftliche und finanzpolitische Lage Deutschlands in der nächsten Zeit leichter werden wird. Man muß im Gegenteil befürchten, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch steigen und sich damit auch die politischen Zustände verschlimmern werden. Wenn bisher weder die Nationalsozialisten noch die Kommunisten den Versuch unternommen haben, gewaltlos nach der politischen Macht zu greifen, so gibt es dafür zwei Erklärungen. Erstens: die Übernahme der Macht bedeutet zugleich die Übernahme der Verantwortung für die schnelle Lösung der binnenwirtschaftlichen und außenpolitischen Fragen. Zweitens: kann die Partei, die zuerst auf gewaltlosem Wege zur Macht kommen würde, nicht in kürzester Zeit diese beiden Fragen lösen, so fällt die Erbschaft der anderen Partei zu. Aus diesen Gründen warten Nationalsozialisten und Kommunisten gegenseitig darauf, daß der andere zuerst loschlägt. Hier findet man auch die Erklärung dafür, daß die kommunistische Parteiführung die Parole zur Unterstützung des Volksentscheides des Stahlhelm ausgegeben hat. Sie spekuliert darauf, daß die deutschen Faschisten nach einem Erfolg des Volksentscheides nun endlich loschlagen werden; in dem darauffolgenden Durcheinander hoffen dann die deutschen Bolschewisten Gelegenheit zu finden, mit einem Handstreich die politische Macht zu ergreifen.

Wie steht die Arbeiterklasse dazu? Soll sie ihren Leib hinhalten, um ihn von wirtschaftlichen Bankrotten, nationalsozialistischen Abenteuerern und bolschewistischen Katastrophopolitikern zerfleischen zu lassen? Auf diese Frage hat der Aufruf des Sozialdemokratischen Parteivorstandes eine klare und eindeutige Antwort gegeben. Es ist die Existenz und die Politik der Kommunistischen Partei, die die Stellung und die Macht der deutschen Klassenbewußten Arbeiterklasse immer aufs neue unterminiert hat. Nach den Wirren des Krieges war es die kommunistische Minderheit, die die Wiedervereinigung des deutschen Proletariats und die gemeinsame Aktion verhinderte. Ihr zweites großes Verbrechen beging die kommunistische Partei im Jahre 1920, als sie auf Befehl von Moskau die Unabhängige Sozialdemokratie und damit die Voraussetzungen für die Schaffung einer die ganze deutsche Arbeiterklasse umfassenden Front zerschlug. In die gleiche Reihe gehört die offene Unterstützung der faschistischen Aktion, die wir gegenwärtig erleben.

In einer geschichtlichen Stunde hat der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie auch die kommunistischen Arbeiter aufgerufen, sich nicht als Hilfstruppe für Scharfmacher und Juncker, für Hohenzollernprinzen und Industriebarone mißbrauchen zu lassen, sondern gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen Klassenangehörigen den Kampf zu führen gegen die Selbstherrlichkeit der Finanzmagnaten und Industriekapitäne, für eine neue Organisierung der Wirtschaft und für die Sicherung einer Außenpolitik der Verständigung. Der Arbeiterklasse fällt jetzt noch einmal die Aufgabe zu, den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch zu verhindern, das deutsche Volk als Nation zu retten und zugleich den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft durchzuführen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat tatsächlich und moralisch Schiffbruch erlitten. Die große Mehrheit des Volkes verlangt die Umkehr von den bisherigen Wegen, verlangt Neuaufbau und Neuordnung. Die Arbeiterklasse muß in dem Kampf um diese Forderung die Führung übernehmen, sie allein kann in diesem Kampf den Erfolg sichern.

Die Macht der Arbeiterklasse beruht auf ihrer Organisation. Die Arbeiterklasse kann ihre Macht umso mehr zur Geltung bringen, je geschlossener und einheitlicher sie ihren

Hauszinssteuer - Mietensenkung

Das Reichskabinett hat sich in seinen letzten Sitzungen auch mit der Frage der Hauszinssteuer beschäftigt. Es wurden verschiedene Pläne erörtert, die auf den Abbau oder den Umbau der Hauszinssteuer oder auf ihre vollständige Beseitigung hinsielen.

Für die Beseitigung oder den Abbau der Hauszinssteuer werden vor allem zwei Gründe geltend gemacht: Einmal wird behauptet, daß der Ertrag der Hauszinssteuer unter den Einwirkungen der Wirtschaftskrise besonders stark zurückgehe. Durch das Leerstehen der Großwohnungen und der gewerblichen Räume und durch die Niederschlagung der Steuer bei den Arbeitslosen seien große Steuerausfälle eingetreten, die in die hunderte von Millionen gehen. Als zweiter Grund wird die Gefährdung der Hypotheken angeführt. Durch die großen Mietaufschläge infolge der Wirtschaftskrise fürchtet man, daß ein wesentlicher Teil der Hausbesitzer in Zahlungsschwierigkeiten kommen werde. Da aber gleichzeitig die Grundstückspreise außerordentlich stark gesunken sind, würden bei einer Zwangsversteigerung sehr viele Hypotheken einfach ausfallen. Mit der Gefährdung der Hypotheken würde zugleich eine Gefährdung der Pfandbriefe eintreten, so daß die Erschütterung unserer gesamten Realcredit zu befürchten wäre.

Mit dieser Begründung betreiben die Hausbesitzer, die Unternehmer und die Hypothekendarlehen schon seit langem die völlige Beseitigung der Hauszinssteuer. Eine solche Beseitigung wäre ein Milliarden Geschenk an die Hausbesitzer, denn die gesetzliche Miete, die von der Höhe der Hauszinssteuer unabhängig ist, muß nach wie vor in vollem Umfang weitergezahlt werden. Deshalb hat man offenbar im Reichskabinett auch den Vorstoß erörtert, zugleich mit der Senkung der Hauszinssteuer die gesetzliche Miete zu senken, so daß die Steuerermäßigung nicht nur den Hausbesitzern, sondern auch den Mietern zugute kommen würde. Es fragt sich nur, ob man dabei an eine wirklich fühlbare Mietenkung gedacht hat, oder ob die ganze Mietenkung nur ein Schönheitspäpstchen darstellen soll, um die einseitige Begünstigung des Hausbesitzes nicht allzuheftig hervortreten zu lassen.

Die Pläne auf Abbau und Beseitigung der Hauszinssteuer sind ungemein gefährlich. Nach unseren Informationen trifft es keineswegs zu, daß der Ertrag der Hauszinssteuer besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen wird, vielmehr ist die Hauszinssteuer neben der Grund- und Vermögenssteuer auch heute noch eine der stabilsten Steuern. Andererseits sind auch die Gefahren für den Hypothekenmarkt, mit denen der Abbau der Hauszinssteuer begründet wird, sehr übertrieben. Demgegenüber dürfte der Abbau oder die Beseitigung der Hauszinssteuer den Wohnungsbau und die öffentlichen Finanzen auf das schwerste bedrohen.

Die Hauszinssteuer hat in den letzten Jahren über 1600 Millionen Mark jährlich aufgebracht. Sie wurde bis 1930 je zur Hälfte zur Förderung des Wohnungsbaues und für die Finanzbedürfnisse der Gemeinden verwendet. Seit der Dezember-Notverordnung dienen nur noch etwa ein Drittel für den Wohnungsbau und zwei Drittel der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Während im Jahre 1930 noch über 300 000 Wohnungen gebaut worden sind, wird im Jahre 1931 die Zahl der Wohnungsneubauten bereits unter 200 000 sinken. Wird die Hauszinssteuer jetzt abgebaut, so besteht die große Gefahr, daß der öffentliche Wohnungsbau überhaupt aufhört und damit die Wohnungsnot sich wieder verschlimmert.

Ebenso verhängnisvoll wäre die Gefährdung der öffentlichen Finanzen. Die Gemeinden sind heute insbesondere auf den Ertrag der Hauszinssteuer angewiesen, um die ungeheuer angeschwollenen Ausgaben für die Unterhaltung der Wohlfahrtsverbände leisten zu können. Auch die Niederschlagung der Hauszinssteuer bei den Arbeitslosen ist praktisch nichts weiter als eine zusätzliche Unterstützung. Schon jetzt ist unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise in den Gemeindefinanzen ein Fehlbetrag entstanden, der für das laufende Rechnungsjahr nach neueren Schätzungen auf rund 800 Millionen Mark angenommen wird. Beseitigt man dazu noch die Hauszinssteuer, so würde ein neuer Fehlbetrag von über einer Milliarde Mark entstehen. Dann wäre überhaupt nicht mehr zu sehen, wie die Gemeindefinanzen in Ordnung gebracht werden können. Um dieses gesamte Defizit zu decken, müßte man die Umwälzsteuer mindestens verdreifachen.

Im Ergebnis müßte also die Mietenkung und das Milliarden Geschenk an die Hausbesitzer durch neue Steuerlasten ausgeglichen werden. Wer glaubt, daß diese bei den gegenseitigen Machtverhältnissen bestanden sein werden? Aber die Mietenkung hat auch den großen Nachteil, daß sie nur auf die alten Wohnungen beschränkt sein würde. Die Spannung zwischen alten und Neubauten, die schon jetzt sehr groß ist, wird dadurch noch vergrößert werden. Wenn überhaupt an der Mietenkung eine Änderung vorgenommen werden soll, dann kann dafür nur der Umbau in eine Realloft in Betracht kommen. Entsprechende Pläne werden seit Jahren vom Deutschen Städtebau verfolgt. Sie laufen darauf hinaus, die Mietzinssteuer in eine öffentlich hypotheckarische Belastung umzuwandeln, die zu Gunsten der öffentlichen Hand verzinst und gestilgt werden muß. Auch hier kommt es auf die Ausgestaltung der Pläne an, aber ein solcher Umbau der Mietzinssteuer mit den Interessen der breiten Massen vereinbar ist.

Die Komreise

Der Reichskanzler begab sich Mittwoch abend in Begleitung des Reichsaussenministers nach Rom.

Den Anfang machte Cbequers, dann reisten die beiden deutschen Minister nach Paris und zusammen mit ihren französischen Kollegen nach London. Hierauf kamen MacDonald und Henderson nach Berlin und jetzt sind Brüning und Curtius auf der Fahrt nach Rom zum Besuch der italienischen Regierung.

Man muß bei der Beurteilung dieser Ministerkonferenzen das rechte Maß innehalten. Man soll sie nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen. Sie haben ihren großen Wert, weil sie eine Stimmung persönlicher Vertrauens zwischen den maßgebenden Staatsmännern schaffen und weil sie die Gelegenheit bieten, politische Fragen von Mensch zu Mensch und unter Verzicht auf den komplizierten diplomatischen Apparat zu erörtern. Aber es darf von ihnen nicht erwartet werden, daß sie eine alsbaldige und unmittelbare Lösung der schwierigen Probleme, wie sie insbesondere für Deutschland bestehen, herbeiführen.

Wenn wir uns dessen bewußt bleiben, werden wir namentlich die Bedeutung des Besuchs in Rom nicht überschätzen. Gerade bei Rom handelt es sich, soweit sich die Dinge überleben lassen, in der Hauptsache um einen Akt der Höflichkeit, Reichskanzler und Außenminister sind in England und Frankreich gewesen, und Italien könnte es als eine Kränkung auffassen, wenn sie nicht auch ihm die Ehre geben würden. Praktisch dürfte bei der Besprechung nicht viel herauskommen.

Das Land Mussolinis gehört nicht zu den Staaten, die uns mit Krediten über unsere Schwierigkeiten hinweghelfen vermögen und irgendwelche besondere politische Abmachungen zwischen ihm und uns liegen nicht im deutschen Interesse. Man soll mit Italien freundschaftlich-tolerante Beziehungen unterhalten, nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Es gibt in den Reihen der deutschen Nationalsozialisten Leute genug, die über diese Grenze hinausgehen möchten und uns einreden wollen, daß eine Intimität mit Mussolini Deutschland ganz besondere Vorteile bringen würde. Es gibt andere, die der deutschen Sozialdemokratie einen Vorwurf daraus machen, daß sie dem Diktator Italiens nicht höflich genug begegnen, und damit den Erfolg einer deutsch-italienischen Zusammenarbeit in Frage stellen. Man muß sich darüber klar sein, daß wir an Mussolini natürlich anders herantreten als die deutschen Faschisten. Zwischen uns und ihm steht der Schatten Matteotti, und stehen zahllose italienische Sozialdemokraten, die unter seinen Verfolgungen zu leiden haben. Inbesten wird uns niemand glauben machen können, daß unsere Haltung die italienische Politik zu Ungunsten Deutschlands beeinflussen. Es ist, um nur ein Beispiel zu nennen, sicher nicht unsere Schuld, daß die italienische Presse, die doch nur ischreibt, was von ihr verlangt wird, alsbald nach Bekanntwerden des Hooverplanes als Gegenleistung den deutschen Verzicht auf die Zollunion mit Österreich gefordert hat, und ebenso wenig kann die deutsche Sozialdemokratie dafür verantwortlich gemacht werden, daß vor dem Haager Internationalen Gerichtshof niemand härter gegen die Zollunion geiprochen hat, als die italienischen Vertreter. Die beiden deutschen Minister werden, wie wir annehmen möchten, diese Unfreundlichkeit Italiens in Rom nicht ganz vergessen und daraus wird sich dann schon von selbst die entsprechende Temperatur für die heikelsten Freundschaftsverhandlungen ergeben. Wir haben den Wunsch, daß sie nicht tiefer sind und nicht höher seien, als es das Interesse des europäischen Friedens und der Zukunft der europäischen Demokratie gebietet.

Rückgang der englischen Währung

London, 5. August. (Eig. Draht). Der Kurs des englischen Pfundes des Jant am Mittwoch vormittag bis auf 123.50. Die Cote war bestürzt. Auch bei Geschäftsschluß hatte sich der Kurs noch nicht erholt.

In der Geschäftswelt zeigte man sich im allgemeinen überrascht, daß die Bank von England trotz des neuen französisch-amerikanischen Kredites eine Senkungssaktion zu Gunsten des Pfundes ablehnte.

Kampf führt. Das Bürgertum hat politisch und wirtschaftlich verlagert. Schon aber zeichnet sich das neue Bündnis Dingeldey, Hitler Krupp ab; mit nationalsozialistischem Beistand soll das deutsche Proletariat in das Joch einer großkapitalistisch-faschistischen Gewaltherrschaft gepreßt werden. Nunmehr muß die Arbeiterfront geschlossen werden, um dieses Bündnis zu zerlegen und die Förderung des Sozialismus durchzusetzen.

Militärische Uebungen der Nazis

Stuttgart, 5. August. (Eig. Draht.) Aus dem Nazi-Motor-Sturm-Befehl Nr. 3 des Motorsturms Sturmbann III/3 von Echingen vom 29. Juli 1931 „Motor-Sturm“ gibt die kommunistische Süd-deutsche Arbeiterzeitung folgenden Satz wieder:

„Durch entstehende Unruhen bei dem Appell am Samstag, 2. August) darf sich kein Fahrer abhalten lassen, an diesem Appell teilzunehmen, da auf die gefährlichen Dienstkilometer Zufahrt gewährt wird. Quartier ist frei, für Verpflegung entstehen nur geringe Nebenkosten.“

Aus welchen Mitteln werden wohl diese Zuschüsse gewährt? Andererseits ist es politisch von nicht unerheblichem Interesse, die Frage von der Weitembereichlichen Regierung beantwortet zu sehen, ob sie über diese zweifellos rein militärischen Veranstaltungen der Nationalsozialisten unterrichtet ist, und was sie veranlaßt diese unweiselhaften Beiträge gegen die bestehenden Vorschriften zu dulden?

Verurteilte kommunistische Kaufbrüder

Samburg, 5. Aug. (Eig. Draht.) Am Mittwoch wurden hier je 3 Kommunisten wegen Beteiligungs an einem Kaufhandel in Zwickau mit Sachfriedensbruch zu 6 bzw. 7 Monaten Gefängnis verurteilt. 13 Angeklagte erhielten wegen der gleichen Delikte Gefängnisstrafen von 7-12 Monaten. 14 Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Angeklagten waren an den schweren politischen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Faschisten anlässlich einer nationalsozialistischen Versammlung in Gießhübel am 26. Januar beteiligt. Der Zusammenstoß erforderte zwei Todesopfer und mehrere Schwerverletzte.

Wer Hitler finanziert

Das Essener Nasiblatt ist schwer in der Klemme. Es hat Schulden, mehr als eine halbe Million Mark. Infolgedessen langt der von dem hiesigen Stadtschuldenamt erhobene Anspruch auf Verpflegung gestellte Betrag von 125 000 M. nur zur Deckung eines Bruchteils der drückenden Schulden.

Die Meite der Naziverlage hat ihre Ursache vor allem darin, daß die Gelder der Schwerindustrie, insbesondere des „Vereins für bergbauliche Interessen“, heute nicht mehr so fließen, wie früher. Im vorigen Jahre noch stellte der Verein für bergbauliche Interessen den Nazis ziemlich Summen zur Verfügung. Er wiederholte 1930 den Beschluß, je Tonne Kohle eine Umlage von 7 Pf. zu erheben, und zwar „zur Deckung der vom Reichsverband der deutschen Industrie beschlossenen Umlage... zur Pflege des Staates, wie überhaupt zur Unterstützung unserer Vereinsmitglieder auf den verschiedenen Gebieten nationaler Interessen.“

Im Jahre 1930 wurden durch diese Umlage nicht weniger als 7 Millionen Mark aufgebracht, deren Verteilung hauptsächlich dem Geschäftsführer des Vereins deutscher Bergbauinteressen, jenem Herrn v. Löwenstein oblag, der als Hauptförderer Hitlers und der Nationalsozialistischen Partei bekannt ist. Solange er ziemlich Summen an Hitler und Konjunktur abführte, behandelte die Nazipartei die Schwerindustrie und insbesondere den Verein für bergbauliche Interessen wie ein rotes Ei. Umso härter war dafür der Sturm auf die Gewerkschaften. Heute zählen Löwenstein und seine Auftraggeber nicht mehr. Sie können nicht mehr wie früher. Und nun erheben sie, daß Unand der Welt Lohn ist; denn jetzt werden auch sie von der Nazipresse angegriffen. Wahrscheinlich um ihre Gebetsfertigkeit von gestern neu zu wecken, mit anderen Worten: um sie zu erpressen!

Steigbügelhalter der Reaktion

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, das Organ der Scharfmacher, schreibt über die Beteiligung der Kommunisten am Volkssentscheid:

„Die Kommunisten begeben eine politische Brevierarbeit, nicht die Rechtsparteien, die sich die kommunistische Unterstützung gefallen lassen.“

Die Kommunistische Partei hat offenbar den Wunsch, der Steigbügelhalter für eine Rechtsregierung in Preußen zu sein.

Das ist ihre Sache. Wir unterschätzen die Gefährlichkeit der kommunistischen Bewegung keineswegs. Das aber jemand annehmen würde, daß die Herren Dingeldey, Hugenberg oder Selbste sich zum Kommunismus bekehren oder auch nur mit ihm sympathisieren würden, weil die Dritte Internationale von ihren Anhängern die Unterstützung des preußischen Volkssentscheids verlangt, das scheint uns doch etwas komisch. Einmal angenommen, der Volkssentscheid und die Landtagswahlen würden zu einer Rechtsregierung in Preußen führen: die Situation der Herren Toralor und Genossen wäre nicht gerade beneidenswert.“

Steigbügelhalter einer Rechtsregierung in Preußen, und zum Dank dafür vom Organ der Scharfmacher noch angepöbeln zu werden — es muß eine Freude sein, Kommunist zu sein!

In der Kreuzzeitung läßt sich ein gewisser Freiherr v. Loeffelholz von Colberg, Major a. D., aus Kalanengarten bei Münden vernehmen, der zum preußischen Volkssentscheid kommandiert:

„Nur der verbrecherische Marxismus mit all seinen Auswüchsen hat uns in dieses fürchterliche Chaos gebracht. Nur er, der Vater der verruchten Revolution in Deutschlands schwerster Schicksalsstunde, die einzig und allein aus der furchtbaren Nacht der ihm anhängenden Parteinarren heraus entstand und mit den schamlosen Mitteln des Dolchstoßes verwickelt wurde, trägt die Schuld an dem, was wir heute erdulden.“

„Wie wird Preußen untergehen, wenn eure Söhne und Enkel euch gleichen! Damit ichlos Büchlers Lausbubelei an seine Truppen am Tage nach der Schlacht von Belle-Alliance.“

Und nun, Urenkel und Ururenkel jener Preußen von Belle-Alliance, seht, daß ihr wahr Preußen seid. Ganz Deutschland ruht in eurer Hand. Niemals gab es eine heiligere, ardhere Mission. Schafft uns den Sieg, schlagt die erste Beife in die westliche Marxistenfestung.“

Drauf, ihr kommunistischen Arbeiter, auf die verbrecherischen Marxisten, drauf wie Blücher auf das rote Gefindel, Loeffelholz ruft! Ihr sollt für Hugenberg sein, was die Preußen bei Waterloo für Wellington waren — „ich wollte, es wäre Nacht, oder die Kommunisten kämen!“

Neuer Sprechchor

für kommunistische Agitprop-Truppen

Wer zieht für Hitler in den Streit? Die K.P.D. beim Volkssentscheid? Seit Hitler! R. G.

Zweckdienliche Behandlung



„Tritt dem Kommunisten ein paar Zähne aus, aber schlag ihn um Gotteswillen nicht ganz tot, er muß noch am 9. August zum Volkssentscheid gehen!“

Friedenswillen der Kriegsofoper

Prag, 5. Aug. (Eig. Drabt.) Der Haupterfolg der Prager Tagung der Kriegsofoper-Internationalen, der dieser Tage hier stattfand, lag in der entschlossenen Kundgebung ihres Willens zum Frieden. Die Entschliebung, in der der Wille zum Frieden zum Ausdruck kommt, lautet in ihrem Kernfüll folgendermaßen:

„Das wichtigste Beilmittel gegen die durch Kriegsfolgen und eine Politik des Egoismus hervorgerufenen Schwierigkeiten ist die Wiederherstellung des Vertrauens unter den Völkern durch Anerkennung ihrer Pflichten gegeneinander, durch Ausübung der internationalen Solidarität und des Willens die internationalen Verpflichtungen jeder Art loyal imzuschalten. Um die Gegensätze, deren Konflikte nur mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden können, zu beseitigen, ist es unerlässlich, das internationale Wirtschaftsleben zu organisieren und eine internationale Regelung im europäischen Rahmen für den Umlauf der Güter, für die persönliche Fühlungnahme und für den Gedantenaustausch zu schaffen. Zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, als der Hauptquelle der Schwierigkeiten, ist eine umfassende und durchgreifende Kreditaktion erforderlich, durch die Deutschland die zur Verbütung einer Finanz- und Wirtschaftskatastrophe notwendigen Kredite erhält, deren Gewährung lediglich dadurch erleichtert werden könnte, daß Deutschland durch Akte der Freiwilligkeit die Kreditgeber davon überzeuge, daß die gewährten Mittel ausschließlich dem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau, dem Frieden und der Erhaltung der Demokratie dienbar gemacht werden.“

Im Zug dieses Sanierungsprogramms erscheint eine Prüfung der Möglichkeit angebracht, die internationalen Kriegsschuldenlasten auf die Wiedergutmachung der Personen- und Sachwerte zu beschränken.“

Am übrigen fordert die Kriegsofoper-Internationale kraftvolle Bemühungen zur Sicherung eines Erfolges der ersten allgemeinen Kristisationskonferenz, die für 1932 nach Genf einberufen ist, und eine internationale Jugendbewegung im Geiste des Friedens. Mit besonderem Nachdruck erhebt die Internationale Einspruch dagegen, daß zur Auslieferung der durch die Kriege verursachten finanziellen Schwierigkeiten von manchem Staat auch die Kriegsofoperzenten herangezogen werden.

Geschenke an Bankrotteure

Die deutsche Wirtschaft, Finanz-, Geld- und Vertrauenskrise löste eine ausgesprochene Bankkrise aus. Die Abberufung der kurzfristigen ausländischen Gelder, eine Reihe von verfehlten Spekulationen, die Liquidität, das Sinken des Wertes der Aktina bei Aufrechterhaltung des Wertes der Passiva und der Sturm der Anleger auf Banken gestalteten die Lage der deutschen Banken so schwierig, daß das Reich und die Länder gezwungen waren den deutschen Banken unter die Arme zu greifen. Die Hilfe des Reiches und der Länder geht sehr weit. Von den drei D-Banken sind zwei, die Darmstädter und Nationalbank (Danat) und die Dresdener Bank tatsächlich, wenn auch nicht rechtlich vom Reich übernommen worden. Das Reich garantierte die gesamten Schulden der Danatbank. Es kaufte die Mehrheit der Aktien von Danat, und zwar 85 Millionen von 60 Millionen RM. Kapital zum fantastisch hohen Kurs von 125 Prozent. Es legte also auf diese Weise 44 Millionen aus. Eigenartiger Weise wird diese Aktienmehrheit nicht Eigentum des Reiches, sondern von 20 Großindustriellen, darunter Vereinigte Stahlwerke, I.G. Farbenindustrie, Krupp, A.E.G., Siemens, Gute Hoffnungshütte. Das Reich ließ ihnen nämlich das Geld für den Aktienkauf. Die Bedingungen dieses Darlehens und dieser gesamten Stützungaktion sind für das Reich denkbar unangünstig. Die Schuld der Industriellen gegenüber dem Reich ist nicht mit einem festen Zinssatz ausgestattet. Das Reich erhält als Verzinsung nur die jenseits auf die Danataktien entfallenden Dividenden. Es ist anzunehmen, daß diese ausfallen werden. Erst nach Ablauf von 5 Jahren werden die Industriellen in mehreren Raten den Kaufpreis abzusahlen haben. Dies bedeutet, daß alle Vorteile aus dieser Transaktion die Industriellen und alle Nachteile das Reich tragen wird. Das Reich beabsichtigt desweiteren das Kapital der Danat von 60 auf 100 Millionen RM. zu erhöhen und weitere 40 Millionen RM. gegen neue Aktien einzusaheln.

Nicht minder großzügig verhält sich das Reich der Dresdner Bank gegenüber. Das Aktienkapital der Dresdner Bank ist von 100 Millionen auf 400 Millionen RM. erhöht worden. Das deutsche Reich übernimmt 300 Millionen neue Aktien und sacht sie sofort voll ein. Das deutsche Reich gründete desweiteren zur Bankstützung eine neue Bank, die Aktent- und Garantiebant A.G. Der Zweck dieser Bank ist die Gewährung von Krediten an Banken. Das Aktienkapital dieser Bank beträgt 200 Millionen RM. Der Vertrag zwischen dem deutschen Reich und den elf übrigen Gründern läuft tatsächlich darauf hinaus, daß das Reich 140 Millionen RM. einsahelt, aber in Bezug auf das Stimmrecht sich auf eine Beteiligung von 80 Millionen beschränkt. Das Risiko der 5 Privatbanken, die stimmrechtlich 54 Millionen von 200, also qualifizierte Minderheit besitzen, beschränkt sich auf 27 Millionen.

Indem das Reich drei Viertel des Aktienkapitals der Dresdner Bank erworben hat, trägt es faktisch, wenn auch nicht rechtlich die Verantwortung für alle Schulden der Dresdner Bank. Es ist anzunehmen, daß auch die letzte D-Bank, die Deutsche Bank und Dis-

konto-Gesellschaft die Hilfe des Staates beantragen wird. Da das Reich und die Länder schon vor der Bankkrise über zahlreiche Banken verfügte (Reichsbant, Rentenbant, Goldbistontbant, Reichskreditgesellschaft, Verkehrsbant, Preussische Staatsbant, Sächsische Staatsbant usw.), und da sie die wichtigsten Privatbanken, wie wir oben gezeigt haben mehr oder weniger übernommen haben, bzw. übernehmen werden, gewinnt das Reich den maßgebenden Einfluß auf das Bankwesen.

Die Hilfe des Reiches an Banken, die Gewinnung des Einflusses des Reiches auf das Bankwesen sind gegebene Tatsachen und müssen als solche hingenommen werden. Bei folgenden Fragen aber hat das Proletariat, haben die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften ein gewichtiges Wort mitzureden: Unter welchen Bedingungen wird den Banken gehalten, wie groß soll der Einfluß des Reiches auf das Bankwesen werden und wie soll das Reich die Banken organisieren?

Es liegt für das deutsche Reich kein Grund vor, Geschenke an Großaktionäre der Großbanken zu machen. Die Aktienkapitale der Danat und der Dresdner Bank müssen abgeschrieben werden. Das Privatvermögen von Goldschmidt, dem Leiter der Danatbank, muß zur Deckung etwaiger Schuldenansprüche sichergestellt werden. Die Großindustriellen, die das Aktienpaket der Danatbank übernommen haben, sollen selbst ihre Aktien einsaheln. Die Stimmverhältnisse bei der Aktent- und Garantiebant müssen der tatsächlichen Einzahlung des Reiches entsprechend zu seinen Gunsten verändert werden. Es ist klar, daß das Reich die Danat- und die Dresdner Bank wahrscheinlich nicht los werden wird. Es ist infolgedessen notwendig, die unzähligen Bankinstitute, die das Reich und die Länder beherrschen zu fusionieren. Reichsbant als Notenbant, Dresdener Bank als Depositenbant, Goldbistontbant als Bant zur Vereinigung von ausländischen Krediten, Reichskreditanstalt vergrößert durch die Aufnahme der Danat, der Verkehrsbant usw.) als Geschäftsbant und Rentenbant als Bant für landwirtschaftliche Kredite reichen vollkommen aus. Es wäre eventuell zweckmäßig mit noch weniger Banken auszukommen.

Das Reich muß in die Lage versetzt werden, das Bankwesen zu kontrollieren und auf diese Weise den Kapitalimport und die Kapitalanlage zu regeln, Investitionen und verfehlte Spekulationen nach Möglichkeit zu verhindern. Diese Kontrolle des Reiches muß sich auf zwei Positionen stützen, erstens auf eigene Banken, zweitens auf das Bankamt, das die Privatbanken kontrolliert.

Es geht nicht, daß die Banken das Reich und die Länder nur als Melkku betrachten. Es geht nicht, daß Großaktionäre vom Reich künstlich beschenkt werden. Die Abschreibung des Aktienkapitals der vom Reich unterstützten Banken, die Sicherstellung der Privatvermögen der für Verluste verantwortlichen Bankleiter für etwaige Schadenersatzansprüche, der maßgebende Einfluß des Reiches auf die unterstützten Banken, die Vereinfachung des deutschen Bankwesens unter der Kontrolle des Reiches sind notwendige Maßnahmen zur Überwindung der Bankkrise.

Freistaat Baden

Landesversicherungsanstalt Baden

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden gibt soeben den Geschäftsbericht für 1930 heraus. Es ist ein stattliches interessantes Werk aus dem wichtigen Gebiet der Sozialpolitik, mit einem umfangreichen statistischen Material belegt. Die Tätigkeit der einzelnen Organe der Anstalt war eine äußerst rege. Die Vorstandsabteilung erledigte in 11 Sitzungen 275 Renten- und Heilverfahrensfälle, von denen 72 zugunsten, 172 zu Ungunsten des Versicherten und 31 Fälle anderweit erledigt wurden; es handelte sich dabei um 65 Rentenentscheidungen, 107 Gesuche um Rentenbewilligung und 103 Anträge auf Heilverfahren. Die Anstalt zählte auf Jahresende 148 Beamte und 103 Angestellte; mit dem Personal der Heilstätten von 197 Köpfen wurden insgesamt 458 Personen beschäftigt. Das Land Baden ist neben dem Freistaat Sachsen eines der wirtschaftlich am schwersten getroffenen Länder, wie sich dies aus dem starken Anstiegen der Arbeitslosigkeit ergibt. Der im Voranschlag für 1930 voranschende Betrag an Beitragseinnahmen von 36 Millionen RM. wurde nicht erreicht. Die Beitragseinnahmen betragen 1930: 34 552 206 Mark gegenüber 37 405 137 RM. im Jahre 1929. Bei einem Stande von 554 Millionen Arbeitslosen im Reich am Schluß des Berichtsjahres und keinerlei Aussichten auf Behebung der Wirtschaft wird das Jahr 1931 noch weitere Verschlechterungen bringen.

Im einzelnen ist zu bemerken: Die Betriebseinnahmen des Jahres 1930 betragen 39 154 426 RM. Dienen fanden an Betriebsausgaben gegenüber für: Rentenleistungen 31 716 095 RM., Heilverfahren 3 903 846 RM., Verwaltung 2 065 325 RM., zusammen 37 705 267 RM. Es verbleibt somit ein Ueberschuß von 1 449 159 RM. gegen 10 021 803 RM. Da die außerordentlichen Einnahmen mit 1 066 938 RM. nicht erwidert werden, ergibt sich für das Berichtsjahr 1930 in Wirklichkeit ein Betriebsausfall von 217 779 RM. Der Verwaltungsaufwand betrug im Jahre 1930: 2 065 325 RM. (1929: 1 694 432 RM.). Es kamen somit auf 100 RM. Einnahmen: 5,57 RM. (1929: 4,24 RM.) an Verwaltungskosten (Reichsdurchschnitt 1929: 4,58 RM.), auf 100 RM. Ausgaben für Renten und Heilverfahren: 5,88 RM. (1929: 5,58 RM.) an Verwaltungskosten (Reichsdurchschnitt 1929: 6,19 RM.). Hiernach erhöhte sich im Jahre 1930 der Verwaltungsaufwand für 100 RM. Einnahmen gegen das Vorjahr um 1,33 RM. Diese Steigerung ist in erster Reihe durch die Verminderung der Beitragseinnahmen infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit verursacht.

Die Heilstätten waren im Berichtsjahre das ganze Jahr hindurch geöffnet und nahezu voll besetzt. Es betragen die Betriebsausgaben für Kranke in Friedrichsheim-Luisen bei 141 106 (1929: 147 450), in Norbrach-Rosonie 57 400 (1929: 57 719), in Sirlshalde 22 455 (1929: 20 621).

Ein wesentlicher Bestandteil der seit der Festwährung angelegten Kapitalien ist wieder wie vor dem Kriege für gemeinnützige Zwecke angelegt worden. Zum Bau von Arbeiterwohnungen sind nach dem Stande vom 31. Dezember 1930 angelegt: 81 Darlehen an Gemeinden 4 308 295 RM., 83 Darlehen an Bauvereine 1 400 046 RM., 1919 Darlehen an Versicherte 6 432 852 RM., zusammen 12 141 193 RM. Ferner wurden 38 Darlehen an verschiedene Gemeinnützige Anstalten für Zwecke der Versicherten ausgegeben mit 3 086 617 RM., zusammen also 15 227 810 RM.

Der Rechnungsabluß für 1930 verzeichnet in Einnahmen und Ausgaben die Summe von 54,6 Millionen RM. Das Reinerlösnis besittet sich auf Jahresabluß auf 55,1 Millionen RM. und hat sich gegen 1929 um 1,4 Millionen, an Grundbesitz 10,4 Millionen und an beweglicher Einrichtung rund 857 000 RM. auf Barbestand und Guthaben 2 Millionen RM.

Die Erledigung der Rentenanträge durch die Landesversicherungsanstalt Baden

Dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden lagen im Jahre 1930 12 990 Invaliden- und 8034 Hinterbliebenenrentenanträge vor. 2593 Rentenanträge gingen unerledigt in das Jahr 1931 über. In 2688 Fällen wurden 1930 die Renten vorläufig versagt. Endgültig festgesetzt waren 1930: 8492 Invalidenrenten, 4564 Witwen- und Witwenrenten, 1284 Waisenrenten, zusammen 14 340 Renten. 1924 zählte man 7452 Invalidenrenten, 1006 Witwen- und Witwenrenten, 1143 Waisenrenten, zusammen 9601 Renten. Wegen Wiedereintritts der Erwerbsfähigkeit wurden 1930 insgesamt 934 (1929: 906) Renten entzogen.

Das Anwachsen des Rentenbestandes und Rentenaufwandes geht aus folgenden Zahlen hervor: Invaliden-, Kranken-, Altersrenten: von 32 720 i. J. 1912 auf 15 733 im Jahre 1930; Waisenrenten (Stämme) von 432 i. J. 1912 auf 14 109 i. J. 1930, Renten, zusammen von 33 256 i. J. 1912 auf 93 751 i. J. 1930. Die Belastung durch Renten steigerte sich im gleichen Zeitraum von rund 4 Millionen auf 31 Millionen RM.

Interessante Aufschlüsse gibt der Jahresbericht über die beachtlichen Erfolge des Heilverfahrens.

Normaler Zahlungsverkehr in Baden

Der Zahlungsverkehr bei den Banken hat sich, wie WTB. auf Anfrage bei den führenden Bankinstituten Baden s feststellen konnten, am ersten Tage des wiederum freien Geldverkehrs außerordentlich ruhig und reibungslos abgewickelt. So waren noch nicht einmal besondere Hilfsmassnahmen der Bad. Bant für einzelne Sparkassen notwendig, eine Erscheinung, die in der vergangenen Woche an der Tagesordnung war. Die Besonnenheit des Publikums wird vor allen Dingen dadurch gekennzeichnet, daß in den meisten Fällen die Einzahlungen die Auszahlungen bei weitem übermogen. Auch der Verkehr bei den Sparkassen hat sich allenthalben reibungslos und ohne Schwierigkeiten vollzogen.

11. Internationaler Friedenskongress in Konstanz

Konstanz a. B., 5. Aug. Der 11. Internationale Friedenskongress in Konstanz a. B. vom 5.—9. August wurde am Mittwoch abend mit einer Begrüßungsfeier im Festsaal von St. Johann eingeleitet. Im Laufe der Veranstaltung, die von musikalischen und gesanglichen Darbietungen umrahmt war, sprachen u. a. Rechtsanwält Dr. Venedey-Konstanz, Landeskommissär Dr. Hartmann, Geistl. Rat und Münsterparrer Kuenzler, Oberbürgermeister Dr. Moerike und Marc Sagner. Alle Redner sprachen über die Ideale des Friedens und der Notwendigkeit einer aktiven Friedenspolitik. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und nahm einen glänzenden Verlauf.

Oberektor: Georg Schöpplin, Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Hermann Winter; für den Anzeigenenteil: Gustav Fröcher. Schriftliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Volksfreunds G.m.b.H., Karlsruhe.

Gemeindepolitik

Schwierige Finanzlage Billings

Billings, 4. August. Die Finanzlage der Stadt Billings hat sich in den letzten Monaten außerordentlich verschlechtert. Zusammen mit dem Fehlbetrag von 123 000 M., der bereits an dem letzten Voranschlag ausgewiesen ist, muß mit einem gesamten Defizit für das laufende Rechnungsjahr von 500 000 M. gerechnet werden. Die Ursache ist in starken Einnahmenschwächen bei den Steuern zu sehen. Die Ursache ist in starken Einnahmenschwächen bei den Steuern zu sehen. Die Ursache ist in starken Einnahmenschwächen bei den Steuern zu sehen.

Bürgermeisterversammlung

Nach, 4. August. Am Kappesaal in Nacht fand dieser Tage eine Bürgermeisterversammlung des Amtsbezirks statt, an der neben den Bürgermeistern der Gemeinden auch zahlreiche Gemeindevorstände und Gemeinderäte teilnahmen. Den Vorsitz führte Landrat Schöck. Die reichhaltige Tagesordnung sah die Frage der Errichtung eines Hofmarktes in Dinglingen, ferner die Notwendigkeit der Hagelversicherung für den Landwirt, Fragen des Verhältnisses der reibenden Gemeinden, sowie allgemeine Verwaltungssachen und Beschlüsse vor. Schließlich wurden auch noch Angelegenheiten des Bauamtes besprochen, wobei zum Ausdruck kam, daß die Verwendung von ausländischen Bauartikeln unzulässig zugunsten der deutschen Wirtschaft eingeschränkt werden soll.

Aus aller Welt

Überfall auf eine Bankfiliale

Schwern, 5. Aug. Am Mittwoch vormittag gegen 10 Uhr wurde die Filiale der Medlenburger Depositen- und Wechselbank in Dangenow von Bankräubern heimgesucht. Der Bankvorsteher Peters wurde von zwei Männern, die in einem Kraftwagen vorerfahren waren, mit der Waffe bedroht, worauf die Räuber alle reichbaren Zahlungsmittel in einer Aktentasche unterbrachten. Der Bankvorsteher der Aufforderung, sich an die Wand zu stellen, nicht nachkam, kam es zu einem Handgemenge mit den Räubern, als sie im Kraftwagen wieder zu verschwinden versuchten, stellte sich ihnen ein Handwerksmeister mit ausgebreiteten Armen in den Weg. Er wurde ebenfalls mit der Waffe bedroht. Die Flucht der Räuber erfolgte in Richtung Hamburg. Es sind ihnen mehrere tausend Mark in die Hände gefallen.

Ein Thüringer Dorf in Flammen

Meiningen, 5. Aug. Von einem Großfeuer wurde heute vormittag das Dorf Wehmels bei Weimars heimgesucht. Durch einen in einer Scheune entzündeten Brand, der sich mit großer Geschwindigkeit auf die Nachbargebäude ausbreitete, wurde der gesamte mittlere Teil des Dorfes ergriffen und in Asche gelegt. Die Feuerwehren der Umgebung mußten sich darauf beschränken, das Flammenmeer einzudämmen. Der Brand dauert zur Stunde noch an.

Schwere Gewitterkatastrophen in Holland

Amsterdam, 5. Aug. Ein besonders schweres Gewitter, das sich gestern über Ost- und Mittelholland entfaltete, hat in verschiedenen Orten durch Hagelstöße große Schäden verursacht. An drei Stellen wurden Personen von Blitz getroffen und getötet. In Arnhem wurden vier Personen und ein Soldat, die von einer Kanufahrt auf dem Rhein zurückkehrten, beim Betreten der Landungsbrücke vom Blitz getroffen. Sie wurden zu Boden geschleudert und verloren die Besinnung. Der Soldat war auf der Stelle tot, während die anderen Leute mit mehr oder weniger schweren Brandwunden in ein Krankenhaus gebracht werden mußten. Auch eine Anzahl anderer Personen, die sich in der Nähe befanden, wurden zu Boden geschleudert, kamen jedoch mit dem bloßen Schrecken davon. Mehrere Bauerngehöfte wurden eingeebnet. In einem Gehöft kamen 17 Schweine in den Flammen um.

Schweres Gewitter in der Schweiz

Sarnen (Unterwalden), 5. Aug. Ein schweres Gewitter mit Hagel und Donner brach am Mittwochabend über dem Brünig-Gebiet und Dömalen nieder. Die große Schiere wurde zum reißenden Strom und vernichtete das angrenzende Gelände. Weite Strecken ließen unter Wasser. Der auf zwei Meter Höhe angeschwollene Wildbach riß die Brücke der Brünig-Bahn mit sich, so daß die Strecke vollkommen unterbrochen ist. Es wurde sofort eine Autostraße von Sarnen nach Alpnach eingerichtet. Die Straßenbrücke blieb glücklicherweise verschont.

Bern, 5. Aug. Am Montagabend gingen über mehreren Kantonen der Schweiz heftige Unwetter nieder, die ein starkes Anschwellen der Flüsse und Bäche zur Folge hatten. An mehreren Stellen wurden die hölzernen Brücken weggerissen, so daß der Verkehr der Postautos nur durch Umsteigen aufrecht erhalten werden konnte. Durch Einstellen von Holzbrücken hofft man, den Verkehr bis heute Abend wieder aufnehmen zu können. Die Verkehrsstörungen im Kanton Graubünden dauern noch an. Der durchgehende Fahrverkehr zwischen Landquart und Klosters, der infolge des Saaser Rutschs unterbrochen ist, wird vor Samstag nicht aufgenommen werden können.

120 Häuser eingeebnet

Konstantinopel, 6. Aug. Vermutlich durch Kurzschluß entzündet, hat gestern nachmittags in Watschka an der Küste von Pera ein Feuer, das sich von Wende begünstigt sehr rasch ausbreitete und sich der sofort aufgenommenen Löscharbeiten in kurzer Zeit 120 Häuser eingeebnet. Zwei Feuerwehreinheiten wurden schwer verletzt. Tote sind nicht zu beklagen.

Zwei Arbeiterinnen beim Brande einer Scheune tödlich verunglückt

Halle, 5. Aug. Bei Teuchenthal im Mansfelder Gezeitsgebiet ereignete sich eine große Feuerscheune des dortigen Rittergutes während der Dreischarbeiten in Brand. Das Feuer griff so schnell um sich, daß sich die Arbeiterinnen, die die Garben in die Dreischmaschinen reichten, nicht mehr in Sicherheit bringen konnten. Zwei von ihnen erlitten so schwere Brandwunden, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Dort sind sie ihren Verletzungen erlegen. Mehrere andere Arbeiterinnen wurden leicht verletzt.

Feuer vernichtet eine Stadt in Honduras

Retunora, 5. Aug. Die Associated Press aus Tegucigalpa (Honduras) meldet, daß durch ein Feuer in der Hafenstadt Retunora ausgedehntes Feuer, das sich über 10 Straßenblöcke erstreckte, fast das ganze Wohn- und Geschäftsviertel der Stadt abgebrannt.

Robinsonade im südpazifischen Ozean

London, 5. Aug. (Eig. Meldung.) Vier Männer, die zwei Jahre lang auf der Insel Zampbell im südpazifischen Ozean ge-

Anteil der Gemeinden an den Reichüberweisungssteuern

Rückgang des Steueraufkommens und wiederholte Kürzung des Gemeindeanteiles zugunsten des Landes

Von dem Badischen Städteverband und Badischen Städtebund wird uns geschrieben:

Die Wirtschaftskrise und allgemeine Notlage unseres Volkes spiegelt sich am deutlichsten in dem außerordentlichen Rückgang aller Steuereinnahmen. Ganz besonders groß ist dieser Ausfall bei der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Während der auf Baden entfallende Gesamtlandesanteil an diesen drei großen Reichsüberweisungssteuern im Jahre 1928 rund RM. 104 Millionen betrug, ist er 1929 auf etwa RM. 99 Millionen und 1930 auf rund RM. 88 Millionen gesunken. Für 1931 wird mit einem Landesanteil von etwa RM. 69,8 Millionen gerechnet, welcher Betrag unter Umständen noch weiter sinken wird.

Von diesen Steuerausfällen werden Staat und Gemeinden entsprechend ihrer Beteiligung an dem Gesamtlandesanteile in gleicher Weise betroffen. Für die Gemeinden kommt erschwerend nun noch dazu, daß ihre Beteiligung an dem Gesamtlandesanteil in den letzten zehn Jahren durch verschiedene Gesetze dauernd gekürzt worden ist. Es erscheint geboten, diese Entwidlung einmal kurz darzustellen.

Steuerverteilungsactes vom 4. August 1921. Im Zusammenhang mit der Erbschaftsreform waren an die Stelle der selbständigen Einkommen- und Kapitalsteuer der Länder und der Gemeinden die Ueberweisungen aus der Reichseinkommensteuer und der Körperschaften getreten, und zwar in der Weise, daß die Länder für sich und ihre Gemeinden mindestens diejenigen Beträge, welche sie vorher aus diesen Steuerquellen geschöpft hatten, zusätzlich eines Aufschlages von 25 Prozent hieraus erhalten sollten. Dabei ist es dem Lande Baden gelungen, nicht nur seine ganze Vermögenssteuer im normalen Umfang als eine Zulagesteuer zur Einkommensteuer gegenüber dem Reiche angerechnet zu erhalten, sondern darüber hinaus auch die in jener Zeit einmalig erhobenen außerordentlichen Zuschläge zur Einkommen- und Vermögenssteuer (kleines badisches Notopfer). Bei der Verteilung des vom Reich anerkannten Gesamtanteiles an den Reichsüberweisungssteuern zwischen dem Lande und den Gemeinden wurden dann aber auf Seiten des Landes ebenfalls die gesamten Einkommen- und Vermögenssteuerzuschläge, sowie die außerordentlichen Zuschläge mit eingerechnet, während für die Gemeinden nur ihre tatsächlichen Einkommen- und Kapitalsteuererträge in Ansatz gebracht wurden.

Dieser für die Gemeinden außerordentlich nachteiligen Steuerverteilung stimmte dann der Landtag schließlich nur deshalb zu, weil befürchtet werden mußte, daß im Falle einer Aenderung des von der Regierung vorgeschlagenen Verteilungsschlüssels die Frage des ganzen Gewährleistungsanspruches des Landes an das Reich neu aufgerollt würde. Man war aber im Haushaltsausfluß des Landtages seinerzeit einmütig der Auffassung, daß der Regierungsvorschlag die Gemeinden bezüglich der Steuerverteilung so unbillig behandle, daß ein Ausstieg auf anderem Gebiete erfolgen müsse. Dieser Ausstieg erfolgte dann durch die Uebertragung der persönlichen Volkszuschläge auf das Land.

2. Notgesetz vom 3. März 1924. Obwohl der Verteilungsschlüssel schon in seiner ursprünglichen Form die Gemeinden erheblich benachteiligte, wurde er in der Folgezeit wiederholt für die Gemeinden weiter verschlechtert. Das Notgesetz über eine Aenderung des Steuerverteilungsactes vom 3. März 1924 (G. B. S. 196) befreite zunächst die Garantierung eines Mindestbetrages, der 1921 gewährt war, und verminderte vor allem die Ueberweisungen aus dem Landesanteil an den Lastenausgleichsstock ganz wesentlich.

3. Gesetz vom 7. August 1925. Durch das Gesetz über eine Aenderung des Steuerverteilungsactes vom 7. August 1925 (G. B. S. 196) wurden für die Verteilung der Ueberweisungssteuern zwischen dem Staat und den Gemeinden bestimmte Sonderzüge festgelegt. Nach Ueberweisung eines Betrages von 500 000 RM. aus dem Gesamtlandesanteil an den Lastenausgleichsstock wurde der übrige Gesamtlandesanteil in dem Verhältnis von 65 Prozent für den Staat und 35 Prozent für die Gemeinden verteilt. Sofern der

Gesamtbetrag der Ueberweisungen den Betrag von 72 Millionen Reichsmark überstieg, sollte der überschüssende Teil im Verhältnis 50 : 50 zwischen Land und Gemeinden aufgeteilt werden. Aus der Gemeindegasse wurden auch die Kreise befreit. Der Kreisanteil betrug 3,5 Prozent der Gemeindegasse. Durch diese Aenderung des Verteilungsschlüssels sollte damals der Gesamtlandesanteil an den Reichsüberweisungssteuern in Höhe von 19 Millionen RM. in voller Höhe auf den Gemeindeanteil abgemindert werden.

4. Finanzactes vom 16. April 1930. Das Gesetz über die Regelung des Staatshaushaltes für die Jahre 1930 und 1931 vom 16. April 1930 (G. B. S. 151) brachte den Gemeinden eine neue Verschlechterung. Die unter Ziffer 3 angeführte 72-Millionen-Reichsmark-Grenze wurde durch dieses Gesetz beibehalten, so daß also auch das den Betrag von 72 Millionen Reichsmark überschreitende Aufkommen im Verhältnis von 65 Prozent für den Staat und 35 Prozent für die Gemeinden verteilt werden mußte. Weiterhin änderte man die Bestimmung über die Spaltung des Lastenausgleichsstockes dahin, daß der Betrag von 500 000 RM. aus der Gemeindegasse allein, also nicht mehr wie bisher aus dem Gesamtlandesanteil zu entnehmen war.

5. Das Notgesetz vom 9. Juli 1931 führt nun den Gemeindeanteil nochmals um den Betrag von 0,58 Millionen Reichsmark, der den Gemeinden an dem Erlöse aus den Vorschussaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft aufkam.

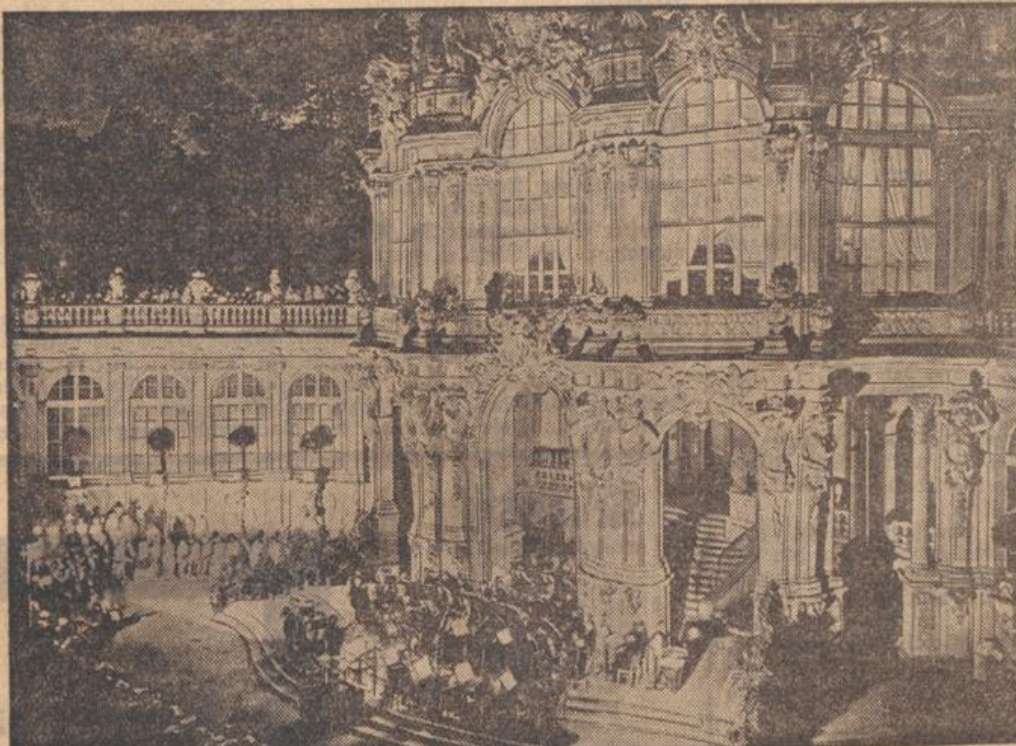
Daß die Gemeinden an diesem Erlöse zu beteiligen sind, ergibt sich schon aus der Erwägung, daß die in § 8 Abs. 3 des Reichshaushaltsactes vorgesehene Erstattung von 50 Millionen Reichsbahn-Vorschussaktien an die Länder praktisch eine Herabsetzung der nach § 8 Abs. 1 des Gesetzes erfolgenden Kürzung der Gesamtlandesanteile an den Reichsüberweisungssteuern von 100 Millionen Reichsmark auf 50 Millionen Reichsmark darstellt. Denn die Verteilung der Reichsbahnaktien an die Länder hat nach § 8 Abs. 3 in dem Verhältnis zu erfolgen, in dem die Steueranteile der Länder gekürzt worden sind. Die badische Regierung hat diese Auffassung über die Ueberweisung des Erlöses aus den Vorschussaktien zwischen dem Lande und den Gemeinden auch selbst dadurch als richtig anerkannt, daß sie eine Aenderung des § 17 des Steuerverteilungsactes für notwendig hielt, um die Beteiligung der Gemeinden auszufüllen.

Infolge dieser dauernden Verschlechterung ist der Gemeindeanteil an dem Gesamtlandesanteil von 50,7 v. H. im Jahre 1924 auf 34,1 v. H. im Jahre 1931, also um 16,6 v. H. gesunken. Der Anteil des Staates ist in der gleichen Zeit von 49,3 v. H. auf 65,9 v. H. ange-

steht. Geht man für das Jahr 1931 von einem Gesamtlandesanteil in Höhe von 69,8 Millionen Reichsmark aus, so würden die Gemeinden hiernon einschließlich der Kreisanteile und des Lastenausgleichsstockes erhalten:

Nach dem Verteilungsschlüssel	Millionen RM.	Prozent
1924	35,38	50,7
1925	24,75	35,4
1930	24,43	35,0
1931	23,85	34,1

Wie unbillig diese fortgesetzte Kürzung des Gemeindeanteiles an den Reichsüberweisungssteuern ist, ergibt sich, ungeachtet der gleichzeitigen auf anderen Gebieten, namentlich bei der Straßenunterhaltung und vor allem in der Wohlfahrtspflege eingetretenen Verschärfung der Gemeinden, vor allem auch bei einem Bestreben der Finanzverwaltung, Reichsfinanzstatistik, Finanzausgleich und Sparkommission vom 11. Februar 1930 (Landtagsdruck Nr. 198, S. 10) waren die Gemeinden im Rechnungsjahre 1926 im Reichsdurchschnitt sogar mit 51,9 Prozent beteiligt, während damals schon die badischen Gemeinden nur 37,5 Prozent erbielten, welcher Satz in der Zwischenzeit, wie dargelegt, weiter bis auf 34,1 Prozent gesunken ist.



Kleine Nachtmusik im Zwingerhof in Dresden

In dem herrlichen Barockbau des Zwingers in Dresden werden an schönen Sommerabenden Mozartkonzerte veranstaltet, zu denen die wundervolle Umgebung des Zwingers einen stimmungsvollen und feinsten Rahmen abgibt.

leht hatten, sind, wie Neuter aus Wellington berichtet, von einem Dampfer entdeckt und nach Neuseeland gebracht worden. Sie hatten sich, nachdem im November ihre Borräte an Mehl und anderen Lebensmitteln ausgegangen waren, nur von Fischen und gelegentlich etwas Fleisch genährt und waren, als man sie auffand, in ziemlich schlechtem Zustande. Die Sampbell-Insel liegt 150 englische Meilen südöstlich von Neuseeland und hat eine Ausdehnung von ungefähr 50 Kilometern.

„Do. X.“ zum Fluge Rio-Neuport gestartet

Rio de Janeiro, 5. Aug. Das Luftschiff „Do. X.“ ist heute früh 6.38 Uhr zu seinem großen Fluge Rio de Janeiro-Neuport gestartet. Die erste Zwischenlandung wird es in Bahia vornehmen.

Das Luftschiff hat außer der Post neun Passagiere an Bord, von denen fünf das Flugschiff an Zwischenlandungsplätzen verlassen werden. Vier Fahrkräfte werden die ganze Fahrt bis Neuport mitmachen.

Acht algerische Soldaten vom Bliz getötet

Reims, 5. Aug. Auf dem Truppenübungsplatz in Sissonne bei Reims schlug gestern der Bliz in ein Zelt ein und tötete acht Soldaten eines tunesischen Regiments. Zwei andere Soldaten wurden schwer verletzt.

Tausend Todesopfer der Ueberflutungskatastrophe
Sankau, 5. Aug. Bei der Ueberflutung des Dampftales sollen 1000 Personen ertrunken sein.

Ein englisches Flugzeug in Aegypten abgestürzt

London, 5. Aug. Ein britisches Militärflugzeug ist bei Elkonk in Aegypten abgestürzt. Beide Insassen wurden getötet. — Seit Anfang dieses Jahres haben sich in der britischen Militärfliegerei 27 Unfälle ereignet, bei denen 40 Personen ums Leben gekommen sind, während sich die Zahl der Getöteten im Vorjahr auf 65 und im Jahre 1929 auf 42 belief.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

6. August

1660 Spanischer Maler D. Velasquez. — 1819 Karlsbader Beschlüsse gegen die Freiheit der Presse usw. — 1859 Staatsmann Otto von Raumer. — 1893 Internationaler Arbeiterkongress in Zürich. — 1895 Friedrich Engels. — 1929 Beginn der Reparationskonferenzen im Haag (Young-Plan).

Wenn zwei das Gleiche tun!

Es ist ein Unterschied in der Gesinnung, In der des Mannes Wert man schließlich misst: Der Idealist gehört zur Nazi-Znung, Der andere denkt, ist ein fff Marxist. Verhaut der Nazi irgend 'nen Bassanten, Der ihm als „Koter“ schwer verdächtig gilt, So darf man ihm das nicht antanzen, Weil „teutsche“ Mannesehre in ihm übermächtig quillt. Doch trägt der K.P.D.-Mann in der Tasche einen Knüttel, Von dem noch garnicht feststeht, wen er damit haut, So seigt ihn das als rohen, ungebärd'gen Rüssel, Den hinter Schloß und Riegel man verstaubt. Und macht ein Unternehmer oder Bankier Pleite, Weil er vor Hunger und vor Elend bald verredet, So schenkt ihm Mitleid, trauet seinem Elde: Im besten Glauben nur hat er getrrt. Doch klagt ein Arbeiter aus des Nächsten Trube, Weil er vor Hunger und vor Elend bald verredet, So habi mit ihm nur nicht zu viel Getue, Er ist ein minderwertiges Subjekt. Wenn zwei das Gleiche tun, so ist es nicht das Gleiche. Verdamm, die dieser Wahrheit Ewigkeit nicht seh'n. Gott schuf einst Arme, schuf einst Reiche: In seiner Güte wußt' er wohl für wen!

Der Tod in der Herberge

120 Handwerksburschen geben totem Kameraden das Geleit

Koch tritt der Tod den Menschen an. Der Handwerksbursche Albert Meyer aus Neumegessen bei Orschelshausen, hat als Zwanzigjähriger seine Heimat verlassen und sich auf Wanderschaft begeben, um seinen alten hochbetagten Eltern nicht zur Last fallen zu müssen. Fröhlich und froh trat er die Reise an, um als „Kunde“ im Süden Deutschlands entl. Europas Arbeit zu finden. Sein Weg führte ihn über Karlsruhe. Vom 9. auf 10. Juli hat er hier in der Herberge auf dem Anwesen der Gottesauer Kaserne übernachtet. Da er die Verpflegung in Anspruch nahm, mußte er eine sogenannte Pflichtarbeit machen. Er küßte sich körperlich nicht wohl und sollte deshalb eine leichte Arbeit verrichten. Als solche wurde ihm das Treppenreinigen übertragen. Kaum hatte er sich das notwendige hierzu erforderliche Arbeitszeug verschafft und wollte mit der Arbeit beginnen, als der Schmittler Tod an ihn herantrat. Er fiel rücklings die Treppe herunter und war tot.

Die Frau des Herbergsverwalters nahm sich sofort um den Verunglückten an. Leider war der Tod schon eingetreten. Die Eltern des Verstorbenen konnten erst von dem Ableben und so auf traurige Weise ums Leben gekommenen unterrichtet werden, nachdem man nach langem Suchen festgestellt konnte, wer der Verunglückte eigentlich ist. Sämtliche anwesenden Kunden mußten ihre Papiere in Empfang nehmen, um feststellen zu können, welche Papiere übrig blieben. Auf diese Art konnten die Personalisten des Verunglückten festgestellt werden.

Nachdem der Staatsanwalt die Leiche freigegeben hatte, hat sich die Herbergsleiter sofort darum bemüht, daß der so jäh ums Leben gekommene eine würdige Beerdigung erhalte. Sie bemühte sich zunächst um einen Pfarrer, was nicht so leicht gegangen sein soll. Man wollte, daß alle in dieser Nacht in der Herberge untergebracht „Kunden“ ihrem Leidensbruder die letzte Ehre erwiesen. Da die „Kunden“ nach dem Mittagsessen abreisen müssen, um an demselben Tage wieder an einen andern Ort gelangen zu können, wo Unterkunft möglich ist, mußte die Beerdigung vor mittags erfolgen. Der Betrieb der Herberge ruhte während der Dauer der Beerdigung, als äußeres Zeichen der Teilnahme. Alle Handwerksburschen jüngeren Alters von 20 bis über 80 Jahren, die das Schicksal ebenio auf die Straße getrieben hat, wie ihn, haben ihrem toten Leidensgenossen das letzte Geleit gegeben. So marschierten

120 Handwerksburschen

von der Herberge zum Hauptfriedhof. Wie sie gesungen und gestanden sind, traten die „Kunden“ an. Ob mit zerrissenen Hosen oder ohne Schuhe, das war ganz egal. Sie saßen sich auf alle Fälle, die bürgerliche Aufmachung ist es nicht immer, die dem Schmerz um einen Verstorbenen überlich nur Ausdruck verleiht, während im Herzen selbst zum Teil noch Haß gegen den Toten sich verborgen hält. Hier war es wirklich richtige und aufrichtige Teilnahme derer, die sich dem Trauerszuge angeschlossen haben, wenn auch äußerlich nicht zu erkennen war, welchen Weg dieser Zug einschlägt. Trotz aller Armut haben diese Menschen, die einem Kameraden und Freund, einem gleichgesinnten und ebenso vom Schicksal verfolgten Klassen-genossen, wirkliche Solidarität gezeigt. Trotz kaum zu entbehrender Pfenne haben sie 12.50 M. gesammelt, um ihrem toten Freund einen Kranz am Grabe niederlegen zu können. Da die Eltern blutarm sind, und es ihnen gar nicht möglich wäre, die Stelle zu besuchen, wo ihre Hoffnung begraben liegt, werden immer und immer wieder Sammlungen unter den „Kunden“ veranstaltet, um es zu ermöglichen, daß die betagte und in Sorgen lebende Mutter an das Grab ihres so jäh aus dem Leben geschiedenen Sohnes kommen kann. Die Herbergsleiter hat das Grab photographieren lassen. Die bereitgestellten Postkarten werden unter den jetzt immer wieder zureisenden „Kunden“ verschickt. Bis jetzt ist schon ein hübscher Betrag von bereits 60 M. zusammengekommen. So hat Karlsruhe in den letzten Tagen einen Leichenkondukt durch seine Straßen gesehen, wie er noch in keiner Stadt Deutschlands zu sehen war. — Dank dafür, daß dem armen Menschen eine letzte Ehre zu Teil wurde, wie es kaum einem gutbetuchten Bourgeois zu Teil werden kann, gebührt in erster Linie der Herbergsleiter. Auch Herr Oberinspektor Wenzel als Leiter des Friedhofswesens, der die Orgel bei der Trauerfeier spielen ließ.

Arbeitslose und Nebenverdienst

Die in Nr. 168 des Volksfreund unter obiger Ueberschrift wiedergegebenen Ausführungen entsprechen nicht den Tatsachen. Sie erwecken bei Außenstehenden falsche Vorstellungen über soziale Verhältnisse.

Anschlag auf Bürgermeister Sauer

Strenge Aufregung verursachte gestern nachmittags in der Stadt die Nachricht, daß auf den ersten Bürgermeister in Karlsruhe, unsern Genossen S. Sauer, ein Revolverattentat verübt worden sei. Glücklicherweise stellte sich nach Bekanntwerden der näheren Umstände des Vorkommnisses die Sache harmloser heraus. Der Anschlag wurde von dem früheren städtischen Beamten Wagemeyer, verheiratet, 40 Jahre alt, Vater von 3 Kindern, verübt. Wagemeyer war am 16. August 1923 in städtischen Dienst getreten, am 1. Februar dieses Jahres wurde er wegen

Anzeigen geförderter geistiger Tätigkeit

zur Ruhe gesetzt. Daß der Mann geistig nicht ganz auf der Höhe ist, möge der Umstand beweisen, daß Wagemeyer in zahlreichen Eingaben an den Reichspräsidenten Hindenburg und die Reichsregierung diesen seinen Dienst anbot; er sei von Gott gesandt, sein Name besage ihm dies, außerdem wohne er in der Gottesauer Kaserne, was auch kein Zufall sei, sondern ein Zeichen seiner göttlichen Sendung. Er wolle das Reich retten. Mit solchen Schriftstücken, ja Telegrammen bombardierte er die Reichshellen.

Das Bürgermeisteramt, das von der Reichsregierung auf den Mann aufmerksam gemacht wurde, ließ den Mann kommen, um mit ihm Rücksprache zu nehmen. Er war wiederholt auf dem Bürgermeisteramt, offenbar fühlte er sich auch ungerecht behandelt. Zum letzten Male war er letzten Samstag beim Bürgermeisteramt. Sein Ruhegehalt beträgt 237 Mark. Der Gehalt scheint bei der Beamtenbank wegen Ueberziehens des Kontos gesperrt zu sein. Der Bürgermeister bemilligte ihm einen Vorstoß, obgleich dies sonst nicht üblich ist. Wagemeyer erhielt am 18. Juli 50 Mark und am letzten Samstag noch einmal 170 Mark. Er hätte also wohl zufrieden sein können. Die Rückzahlung sollte bis 1. April nächsten Jahres erfolgen.

Gestern erließen Wagemeyer wiederum auf dem Rathaus. Letzten Samstag hatte er erklärt, bis 1. September wäre er wieder in städtischen Diensten. Auch die Stadtverwaltung hat er mit Schrift-

stücken bombardiert. Er sollte seinerzeit in das Gaswerk veretzt werden, lebte dies aber ab, da er dies als eine disziplinäre Bestrafung betrachtete.

Bei seinem neuerlichen Besuch bei Bürgermeister Sauer verlangte er von diesem, er solle veranlassen, daß die Beamtenbank die Ueberweisungen des Gehalts vollziehe. Bürgermeister Sauer konnte selbstverständlich unter den gegebenen Verhältnissen nichts unternehmen, er war zu ähnlich kompetent, die Beamtenbank in dem von Wagemeyer gemachten Sinne zu beeinflussen. Bürgermeister Sauer hat sich dem Mann gegenüber persönlich bereit erklärt, er wolle ihm eine Beihilfe verschaffen, wenn er sich einige Zeit in den Schwabwold zur Erholung begeben. Wagemeyer hat dieses Anerbieten abgelehnt. Im Laufe der Auseinandersetzung mit Bürgermeister Sauer

Wagemeyer plötzlich aus seiner Tasche einen Revolver und schloß auf den Bürgermeister einen Schuß ab.

Da Bürgermeister Sauer nicht verletzt wurde, auch kein Einschlag im Zimmer festzustellen war, auch kein Geschloß gefunden wurde, ist anzunehmen, daß der Schuß ein blinder war. Die Waffe enthielt auch nur eine Patrone. Der Mann blieb nach dem Schuß ruhig stehen und ließ sich von der rask erschienenen Polizei ohne Widerstand abführen. Der Schuß scheint also in der Erregung, aber zur Erfassung, oder als Schreckstoß abgegeben worden zu sein.

Wir beglückwünschen unseren Genossen Sauer, daß er durch den Ueberfall keinen körperlichen Schaden erlitten hat. Wagemeyer hat ja auch nicht den geringsten Anlaß, gegen Bürgermeister Sauer feindselig gesinnt zu sein, denn Genosse Sauer hat für ihn getan, was er nur tun konnte. Seine Eingaben an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung haben aber schon längst cessat, daß der Mann geistig nicht ganz in Ordnung ist. Es wäre deshalb vielleicht doch ratsam gewesen, ihn schon früher in einer Anstalt unterzubringen, ehe er ein großes Unheil angerichtet hat.

ten des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

§ 112 des Gesetzes lautet:

„Was der Arbeitslose durch vorübergehende Dienstleistungen, die auf Grund des § 168 der Reichsversicherungsordnung nicht der Pflicht zur Krankenversicherung unterliegen, durch geringfügige Beschäftigungen im Sinne des § 75 a Abs. 2, die nicht der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung unterliegen, oder durch selbständige Arbeit von entgeltlichem Umfang verdient, wird auf die Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet, soweit der Verdienst in einer Kalenderwoche 20 v. H. desjenigen Betrages nicht übersteigt, den der Arbeitslose bei voller Arbeitslosigkeit an Unterstützung einschließlich der Familienzuschläge für die Kalenderwoche beziehen würde. Der Mehrerdienst wird zu 50 v. H. angerechnet. Verdienst und Arbeitslosenunterstützung dürfen zusammen 150 v. H. dessen nicht übersteigen, was dem Arbeitslosen in der Kalenderwoche zustünde, wenn er keinen Verdienst hätte.“

Folgendes Beispiel möge dies erläutern: Ein Arbeiter mit zwei wahlberechtigten Angehörigen wohnt nach Wohnklasse IX eine wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 20,40 M. Er erzielt im Verlauf einer Zahlwoche einen Gelegenheitsverdienst von 15 M. Von diesem Gelegenheitsverdienst ist ein Betrag in Höhe von 20 Prozent des Unterhaltungsbedarfes, das sind 4,08 M. anzurechnen. Von dem Rest (15 M. — 4,08 M. = 10,92 M.) werden 50 Prozent = 5,46 M. auf die Unterstützung angerechnet, so daß anstatt 20,40 M. für diese Zahlwoche nur 14,94 M. als Unterstützung ausbezahlt werden. Der Arbeitslose hat also infolge seines Gelegenheitsverdienstes in dieser Woche eine Gesamteinnahme von 15 M. + 14,94 M. = 29,94 M. d. h. er hat durch seinen Gelegenheitsverdienst eine Mehreinnahme von 9,54 M. erzielt. Der Mehreinkommen beträgt somit 47 Prozent und nicht, wie der Schreiber des Artikels meint, höchstens 20 Prozent.

Diese Berechnung wird nur infolgedessen eingeschränkt, als das Gesamteinkommen des Arbeitslosen 150 Prozent des ihm an und für sich zustehenden Unterhaltungsbedarfes nicht überschreiten darf, d. h. bei einem Gelegenheitsverdienst von 16,32 M. oder mehr wird in obigem Falle als Unterstützung nur der um diesen Betrag gekürzte erreichbare Höchstbetrag von 30,60 M. (150 Prozent des Unterhaltungsbedarfes) als Unterstützung ausbezahlt. Beträgt aber z. B. der Gelegenheitsverdienst in einer Woche 20 M., dann wird als Unterstützung ausbezahlt 30,60 M. — 20 M. = 10,60 M. Erst bei einem Gelegenheitsverdienst von 30,60 M. oder mehr kommt die Ausschaltung der Unterstützung nicht mehr in Frage.

Aber auch wenn dieser Betrag überschritten wird, findet in den folgenden Zahlwochen in keinem Falle eine Verrechnung des Mehreinkommens in irgend einer Form statt. Wie der Verfasser des Artikels zu dieser durchaus abwegigen Auffassung kommt, ist völlig unerklärlich.

Im übrigen kann sich der Arbeitslose während der Verdienstdauer jederzeit vom Besug der Unterstützung abmelden. Die Unterhaltungsbedürftigkeit verlängert sich dann automatisch. Die Abmeldung ist in allen Fällen am Platze, in denen infolge Gelegenheitsverdienstes in Höhe von mindestens 150 Prozent des Unterhaltungsbedarfes eine Ausschaltung der Unterstützung nicht mehr in Frage kommt.

Bei der Krankenunterstützung, deren Gewährung stets von einer Bedürftigkeitsprüfung abhängig ist, wird die Verrechnung des Gelegenheitsverdienstes in der Weise vorgenommen, daß 20 Prozent des Unterhaltungsbedarfes anrechnungsfrei sind, während der Rest auf die Unterstützung voll (also nicht nur 50 Prozent) angerechnet wird. Aber auch hier findet für den Fall, daß der noch verdienende anzurechnende Rest höher als der Unterhaltungsbedarf ist, eine Verrechnung in den folgenden Zahlwochen nicht statt. Ferner kann sich der Arbeitslose für die Dauer der Arbeit vom Besug der Familienunterstützung abmelden und so die Unterstützungsdauer entsprechend verlängern.

Ein Vorschlag

Man schreibt uns: Wir haben hier auf Karlsruhe Gemarkung sehr viel Feld, auf dem Kartoffel, Gemüse, Alee zu Futter gebaut werden könnte, das aber z. B. brach, ungebaut, da liegt. Ein Bürgerausschussbeschluss, der siederlich einstimmig Annahme finden würde, müßte dahin gehen, daß alles brachliegende Feld, das sich zum Anbau eignet, ohne Pachtschuldung den Arbeitslosen in Posen von 4 bis 5 J. zur Verfügung auf längere Zeit gestellt würde. Die einzige Verpflichtung, die vom Arbeitslosen verlangt wird, wäre die Unterschrift, daß er nach bestem Können das Stück Feld umtreibt; auf das Stück dürfte nur eine Gartenhühnerhütte gegen Regen erstellt werden und ein Wasserhahnbrunnen. Die Landwirtschaftskammer würde sicher einen Lehrling ausfindig machen, der durch Vorträge, Richtbilder (kostenlos) diesen Leuten praktische Anleitung gibt. Der Kundendienst wäre gemeinsam zu besorgen, das Geld hierzu ließe sich sicher durch Sammlung aufbringen, sofern dafür

innegemäße richtige Reklame gemacht würde, in der darauf aufmerksam gemacht wird, wo wohnhaft es auf die arbeitslose Jugend wirkt, wenn sie teilweise von der Straße weg ist, moralisch und geistig.

Es sei nur ein Beispiel angeführt. Auf der Gemarkung Bachhäusle war in dem sandigen Boden (ähnlich wie hier) vor 30 Jahren miserabile Frucht und andere Gemüße zu sehen. Heute, wo zum Jahresende lang Kundbänne nach wissenschaftlichen Grundrissen vermerdet wird, sieht man hier nur prächtige Frucht, Rüben und Kartoffelrüben, wie man es in den allerbesten badiischen Böden nicht antrifft.

Selbstverständlich handelt es sich hier bei uns nur um Eigenbedarf der Arbeitslosen. Auch stehen sich in der Fortbildung und Schule in der Woche ein paar Stunden praktischen Unterrichts in einem Gelände, das der Schule zur Verfügung gestellt wird, rauswirtschaften. Heute hierfür liegen sich sicher ehrenamtlich findende, die ihre praktischen Kenntnisse zum besten geben. Weiter wäre es möglich, das im Osten, Westen und Süden abgelegenes Gelände der Arbeitslosen zur Verfügung gestellt würde, wo Kaninchen zu züchten, nach beliebiger Art getrieben werden könnte, insbesondere in den Vororten. Bei der vollbestehenden beliebigen Arbeiterbeschäftigung wird die Kaninchenzucht lediglich zum Fleischbedarf betrieben. Die Brictaubenzeit dauegen aus Liebhaberei und Sport.

Im übrigen kann die Liebe zur Natur, zu den Tieren nur vornehmlich auf den Einzelnen wirken. Von Japan wird geschrieben, daß das jahrhundertlange Erziehen der Menschen zur Natur, Blumen und Tieren ist ungebauer viel zur gegenseitigen Hilfsbereitschaft beigetragen worden. Wäre dies bei uns nicht auch möglich? Gewiß wird es auch Menschen geben, die herzlich gegen die Nebenmenschen sind, und doch Affenliebe für ihre Rasse oder für Hühner haben. Doch dies sind meistens Menschen, die aus Eigenliebe ihre Liebe an Tiere und Objekte hängen. Für die Stadt würde die erste Stunde maßrichtig rader, wie sie es denkt und wünscht, so daß sie auf daran tut, auf obige Art für Beschäftigung der jungen Generation zu sorgen, da nach menschlichem Ermessen gar keine Aussicht besteht, daß die Arbeitslosigkeit wieder verschwindet. Ein paar Mutterbetriebe von Arbeitslosen würden Wunder wirken.

Nazihege gegen Arbeiter-Samariter

Der „Führer“, das nationalsozialistische Organ, hielt es für nötig, in seiner Sonntagsausgabe auch der hiesigen Arbeiter-Samariter-Kolonie ein ausweichendes zu müssen, indem er seine Befehle auffordert, dem Arbeiter-Samariterbund bei ihrer Strafenverurteilung keine Spende zu geben, mit der Begründung, es wäre eine sozialdemokratische Institution. Wir erblicken in dieser Behauptung eine schwere Beleidigung, wenn damit gemeint ist, die Arbeiter-Samariter-Kolonien wären überhaupt eine parteipolitische Organisation. Dagegen verwarnt sich der Arbeiter-Samariter-Bund auf das entschiedenste, besonders aber die Kolonie Karlsruhe. Jedenfalls haben die Nationalsozialisten den allerwenigsten Grund und eine solche Behauptung aufzustellen, denn sie werden bei der Tätigkeit der Arbeiter-Samariter weder einen Zwang zu einer bestimmten Parteipolitik noch die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei finden. Aber zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung und zur Vertretung der Interessen auf volkswirtschaftlichem wie kulturellem Gebiet zu arbeiten, das haben sich die Arbeiter-Samariter zum Ziele gesetzt. Schon manches Mal hat der NSDAP, hat sich um Hilfeleistung an die Arbeiter-Samariter gewandt und sogar führende Persönlichkeiten haben dabei herzlich und freudig geholfen. Zum Beweise, daß eine solche Aufforderung, wie sie vom „Führer“ gestellt wurde, von den eigenen Mitgliedern für verächtlich erklärt wurde, können wir stichhaltige Belegzitate beibringen. Auch das finanzielle Ergebnis der Sammlung hat gezeigt, daß ein solches dubioses Benehmen von der Bevölkerung nicht ernst genommen wird. Ja, man hat sogar in den sogenannten besseren oder intellektuellen Kreisen für diese Sammlung mehr übrig gehabt als dem „Führer“ lieb sein wird. Zum Schluß aber sei dem Führer verifiziert, daß der Arbeiter-Samariter-Bund sozialistisch eingestellt ist, dies nicht nationalsozialistisch, sondern international-sozialistisch. Dies besagen auch die in den andern Ländern bestehenden Arbeiter-Samariter-Organisationen, auch diese bestehen nur zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeit. 4. August: Wilhelm Bortler, 65 Jahre alt, Chemiker, Oberpostkassierer a. D. (Mühlbura). 5. August: Karl Meier, 68 Jahre alt, Chem., Rechn.-Rat a. D. Beerdigung am 7. August, 11 Uhr.

KAMMER LICHTSPIELE

zeigen ab heute den Bühnenweitertag als Tonfilm **Anne Nichols**

Dreimal Hochzeit

(Abie's Irish Rose)
Ein Paramount-Film nach dem Schauspiel gleichen Namens.
Regie: **Victor Fleming**
(Regisseur von: „Weg allen Fliesches“)

In den Hauptrollen:
Charles Rogers
(bekannt aus dem Filmerfolg „Wings“)
Jean Hersholt
(der unvergessliche Dr. Jüttner aus „Alt Heidelberg“)
Nancy Carroll
(der neuentdeckte zukunftsreiche Filmstar)

„Dreimal Hochzeit“ hat das teuerste Film-Manuskript der Welt und ist damit auch einer der neuesten Filme überhaupt. Diesen herrlichen Tonfilm von 2 Stunden Spieldauer dürfen Sie nicht versäumen!

Schönes Beiprogramm

Anfang: **3.30 6.00 8.30 Uhr**

Statt Karten

Richard Sauter
Lina Sauter
geb. Drosdofsky
Vermählte

Karlsruhe 6. August 1931 Kriegstr. 206

Luftiger heller
Lagerraum

mit Holzboden, auch als Arbeitsraum geeignet, ca. 360 Quadratmeter, sofort oder später zu vermieten. Näheres zu erfragen Waldstr. 28, Laden.

Schöne 3-Z.-Wohnung mit Bad u. Gartenanteil auf 1. Oktober zu verm. In erfr. Lage, 15, Bad

Mod. kl. Fiege u. Sitzwagen, 1000 Stabwagen m. Matr. bill. zu verkaufen **Durlach**, Heethovenstr. 8, P. 606

Heute zu Tietz:

Billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf soweit Vorrat - Mengenabgabe vorbehalten

Speise-Tafel-Öl . . . Liter	-.57	Vom Faß Wermut-Wein	90	Vollmilch-Block in Celloph. 200 Gr.	-.50
Landbuter Pfund	1.35	Liter		Schlackwurst in Fettdarm	-.55
Allg. Molkereibutter Pfund	1.45			Ungarische (AR) Salami	-.55
Teebuter in Paketen . . . Pfund	1.60	Saure Drops	35	Landrolwurst Pfund	-.90
Mecklen-Fassbuter . . . Pfund	1.68	Himbeeren 1/2 Pfd.		Leberwurst u. Rotwurst im Ring Pfund	-.70
Amerik. Schweinefett Pfund	-.60	Allg. Kümmelkäse	1.-	Diverse Zweirucht-Marmelade	-.95
Deutsches Schweinefett 1 Pfund-Paket	-.65	20%, Pfund		(mit Apfel ca. 2 Pfund-Eimer)	
Eiergemüenudeln Pfund-Paket	-.55	Allg. Butterkäse	65	Sentgurken süß-sauer Pfund	-.40
Vollreis glasiert Pfund	-.22	vollfett 1/2 Pfd.		Frische Eier 10 Stück	-.68
Grünkern ganz neue Ernte Pfd.	-.35	Unsere Hausmarke Stadion		Citronen 10 Stück	-.28
Deutsche Tomaten 3 Pfund	-.40	Hochf. Weizenmehl 5 Pfd.-Beutel	1.35	Obstwein süßig Liter	-.30
Kartoffeln gelbbelischig 10 Pfd.	-.38	Hochf. Weizenmehl 2 Pfd.-Beutel	54.7	Dürkheimer rot Liter	-.65
Salami- u. Cervelat-Wurst schnittfest . . . Pfd.	1.30	Hochf. Weizenauszugmehl 5 Pfund-Beutel	1.45	Eichbacher Schioberg Ltr.	-.65
		Hochf. Weizenauszugmehl 2-Pfund-Beutel	58.7	Vom Faß Zitronenmost mit Zucker (Citronade) Liter	1.-

Resi 300
Lichtspiele
Waldstr. 30

Heute letzter Tag
Henny Porten
in **Skandal um Eva**

Ab Freitag, 7. August
Die Bräutigamswitwe
„Wann wirst Du mir gehören?“
mit Georg Alexander, Fritz Kampers, Martha Eggerth

Café-Restaur. 3Kronen
Kronenstraße 19 - Telefon 5018

Heute Schlachttag
Vorzügl. Qualitätsweine, Maninger Export-Bier, Gemütsliche Gesellschaftsküche.
Ferdinand Weber.

Amthliche Bekanntmachungen

Am Kontursverfahren über das Vermögen der Firma Ludwig Gröber, Inhaber Ludwig Gröber i. a. Kaufmann, Zeitungsredakteur, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Erhebung nachträglich angemeldeter Forderungen, Schlusstermin bestimmt auf Freitag, 28. August 1931, vorm. 11 Uhr, vor dem Bad. Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, II. St., Zimmer Nr. 160. Die Anlagen des Kontursverwalters wurden auf 250 RM., seine Vergütung auf 80 RM., 25 Pf. festgelegt. Karlsruhe, den 1. August 1931. Geschäftsstelle Bad. Amtsgericht A. 1.

Neber das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Gebrüder Volcher, Kontor- und Versandhandlungs-Gesellschaft in Karlsruhe, anhe, Anlage 10-18, sowie deren Inhaber, Hermann Volcher, Kaufmann, Karlsruher Schloßstraße 60 und Otto Volcher, Kaufmann, Karlsruhe, Kriegsstraße 274, wurde heute vormittag 10 1/2 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Verwaltungsverwalter ist Richter Dr. Otto Rary, Karlsruhe, Bad. Handelshof. Vergleichstermin ist am Dienstag, den 8. September 1931, vormittag 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, II. St., Zimmer 139. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 5. August 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 1.

Durlach

Sollte mich für alle
Schuhmacherarbeiten
bestens empfohlen. 1612
Gnt! Wldg!
Georg Schober Jägerstr. 7

Mietervereinigung K'ruhe (e. V.)
Geschäftsst. (nur f. briefl. Zus.) Dammstraße, 23, St. IV.

Gebrüder Jäck

Brückle-Sägmühle (Post-Unterzeitl.)
Fernruf Markzell 4

Wir empfehlen uns zur Lieferung von Bauholz, Brettern, Latten und Blockwaren aller Art bei schneller Lieferung 1610

Bruchsaler Anzeigen

Verfassungsfeier 1931.

Am Dienstag, 11. August feiert der Tag wieder, an dem vor 12 Jahren die Verfassung des Deutschen Reiches Gesetz geworden ist. Dieser Tag ist in Baden gesetzlicher Feiertag. Am Verfassungstag findet vormittags 10 Uhr im Rathsaussaal die Dekorierung von Mitgliebrern der freiwilligen Feuerwehre statt. Anschließend marschiert die Feuerwehr mit der Stadt- und Feuerwehrtabelle nach dem Höheneggergarten. Die Kapelle konzertiert von 11 bis 12 Uhr auf dem Höheneggerplatz. Sämtliche städt. Gebäude werden anlässlich des Verfassungstages beflaggt. An die Einwohnerlichkeit richtet sich die Bitte, die Häuser ebenfalls leicht zu beflaggen. 1499

Von dem in den letzten Jahren häufig gewesenen Festbauteil im Bürgerhofsaal wird mit Rücksicht auf die Verhältnisse abgesehen. Bruchsal, den 5. August 1931.

Der Oberbürgermeister.

Schlafzimmer
echt eiche gebleicht, mit großem Bett, Garderobenschrank (Zinnenspiegel) edlem Marmor. 2800 verkaufen das komplette Zimmer zum weitestgehenden Preis von 305 RM. 6059

Hain & Künzler
6 Waldstraße 6

Gasbackofen 20.4
Nähmaschine 45.4
mit voller Garantie zwei Jahre vollständig bei Stand, Herrenstr. 6

Frach., Smolting, Gehrold-Kunze
berleiht 6012
Franz Josef, Gartenstr. 7

Es rollt das Geld Ihnen nur so in das Haus, wenn Sie es verstehen durch eine originelle Reklame das Interesse der Käufer für Ihr Geschäft zu wecken und Ihre Waren auf eine die Kaufkraft anregende Weise anzubieten. Für die Durchführung Ihrer Kundenwerbung empfehlen wir unsere Volksfreund.

Grammophon-Mechanik
Reparaturen, Federn, Ersatzteile usw. billigst-Komme ins Haus Postkarte senden. Söldinger, Ruppurrer Straße 8

Die Unterzeichneten geben bekannt, daß der

Zahlungsverkehr

für laufende Reichsmark-Konten ab 5. August 1931 frei ist.

Wir verzinsen zur Zeit Guthaben auf provisionsfreien Konten mit 11% p. a. auf provisionspflichtigen Konten mit 12% p. a.

Reichsmarkgelder auf Termin nach Vereinbarung.

Darmstädter und Nationalbank
Filiale Karlsruhe

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft
Filiale Karlsruhe und Depositenkassen

Bücher braucht Jeder!

... und doch kauft man vorteilhafter

Trefzger-Möbel

Besichtigen Sie zwanglos unsere Ausstellung Karlsruhe I. B., Kaiserstr. 97

und erkundigen Sie sich nach unseren sehr stark ermäßigten Preisen

DEUTSCHE MOBEL-INDUSTRIE GEBR. TREFZGER, GRAMM, RASTATT

Schlafzimmer

echt Eiche m. echt Nußbaumholz unterbrochen. Es ist ganz natürlich, wenn man kleine Betriebe von der in der letzten Zeit stark aufgetretenen Nachfrage nach Möbeln noch nicht erfahren haben. Von einem derartigen kleinen Betrieb stammt das ganz moderne schönste Schlafzimmer. Dawir es noch außerordentlich günstig bekommen können, bieten wir Ihnen solches zum Preise von 475.-

an. Das Zimmer besteht aus: 1 dreifach Garderobenschrank, Innenabteil 180 cm für Kleider, 1 für Wäsche, 2 Bettstellen, modern-gerade Form mit rundem Nußbaumrost, 1 Waschkommode mit weißem Marmor und Spiegel, 2 Stühle und Handtuchhalter, Wollensiehr altes Zimmer in ein neues Eichenzimmer umzuwandeln wollen, so nehmen Sie diese Gelegenheit wahr. Ihr Sparbuch nehmen wir in Zahlung. 6098

Möbelhaus Carl Baum & Co.
Erbprinzenstr. 30
K o m L a d e n
Ständiges Lager über 100 Zimmer u. Küchen Teilschlafz.

Volkschau Spiel Oettingheim bei Rastatt

Andreas Hofer

Von A. J. Lippl / Aufführungen alle Sonntage vom 14. Juni bis Ende September Gedeckt. Zuschauerraum / 800 Mitwirkende Anfang 14 Uhr Ende 18 Uhr

Preise der Plätze: 1.50-6.50 Mk. nebst besonderen Logen

Vorverkauf: Theaterkasse Oettingheim Telefon 2061 Rastatt

Vorverkauf Karlsruhe: Herdersche Verlagsbuchhandlung, Herrenstr. 34, Fritz Müller-Musikalienhandlung, Ecke Kaiser- u. Waldstraße, Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Karlsruhe, Kaiserstraße 169, Zeitungskiosk beim Hotel Germania.

Weitere Waggons

Tomaten
schöne reife Früchte
Pfund 20 u. 22.5

Salatgurken
Stück 15

Große Posten Bananen
Pfund 40

Frisch eingetroffen:

Deutsche Südbücklinge
in feinsten Qualität eine billige Delikatess

Pfund 35

Pfaukuch

Pfaukuch-Waren helfen sparen

5% Rabatt